



IG Metall
Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

JAHRESBERICHT 2022



BETRIEBSRATSWAHLEN

In herausfordernden Zeiten setzten die Betriebsratswahlen ein Zeichen für demokratische Mitbestimmung sowie eine nachhaltige Zukunft – und stärkten die Position der IG Metall.



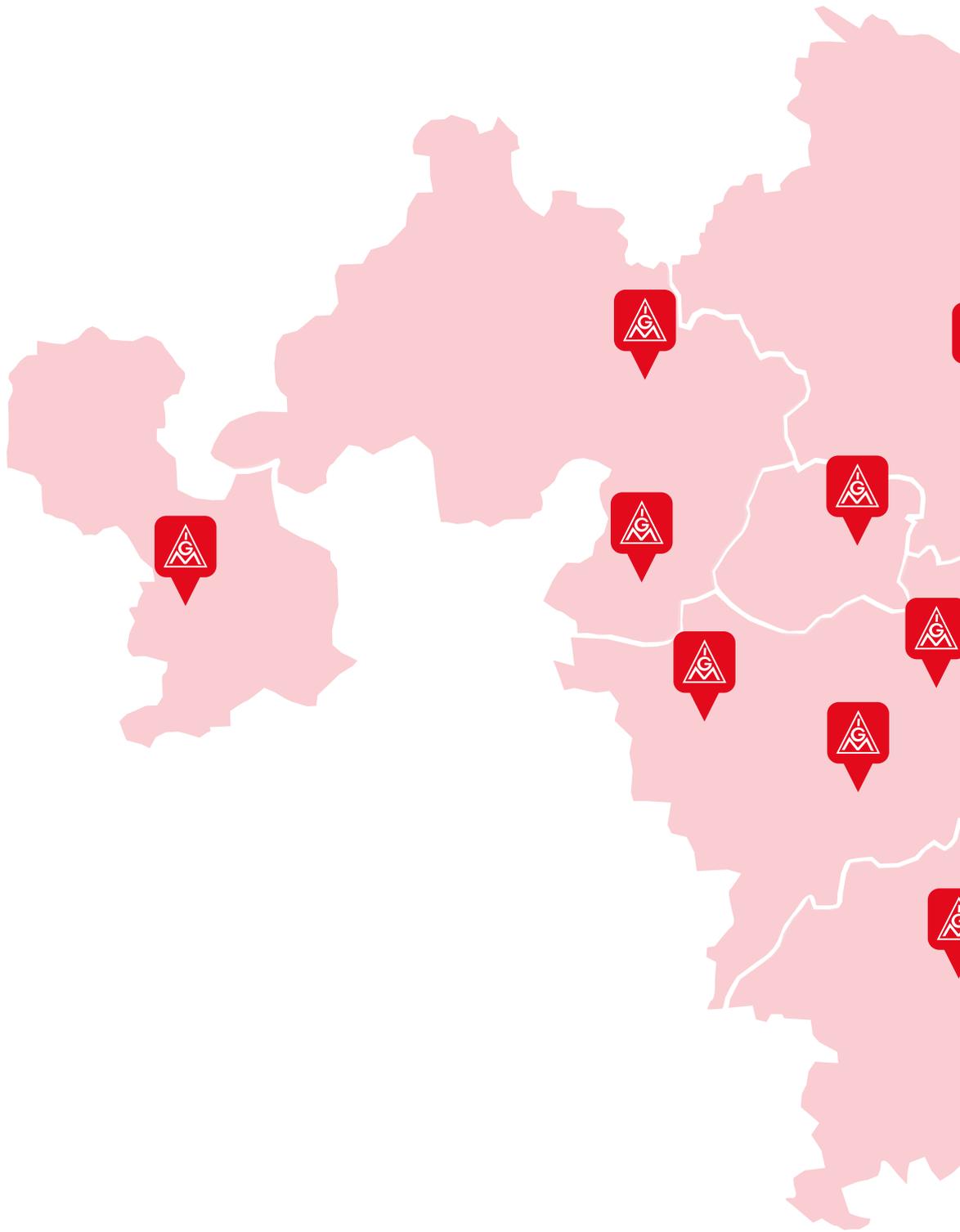
GEMEINSAM STARK

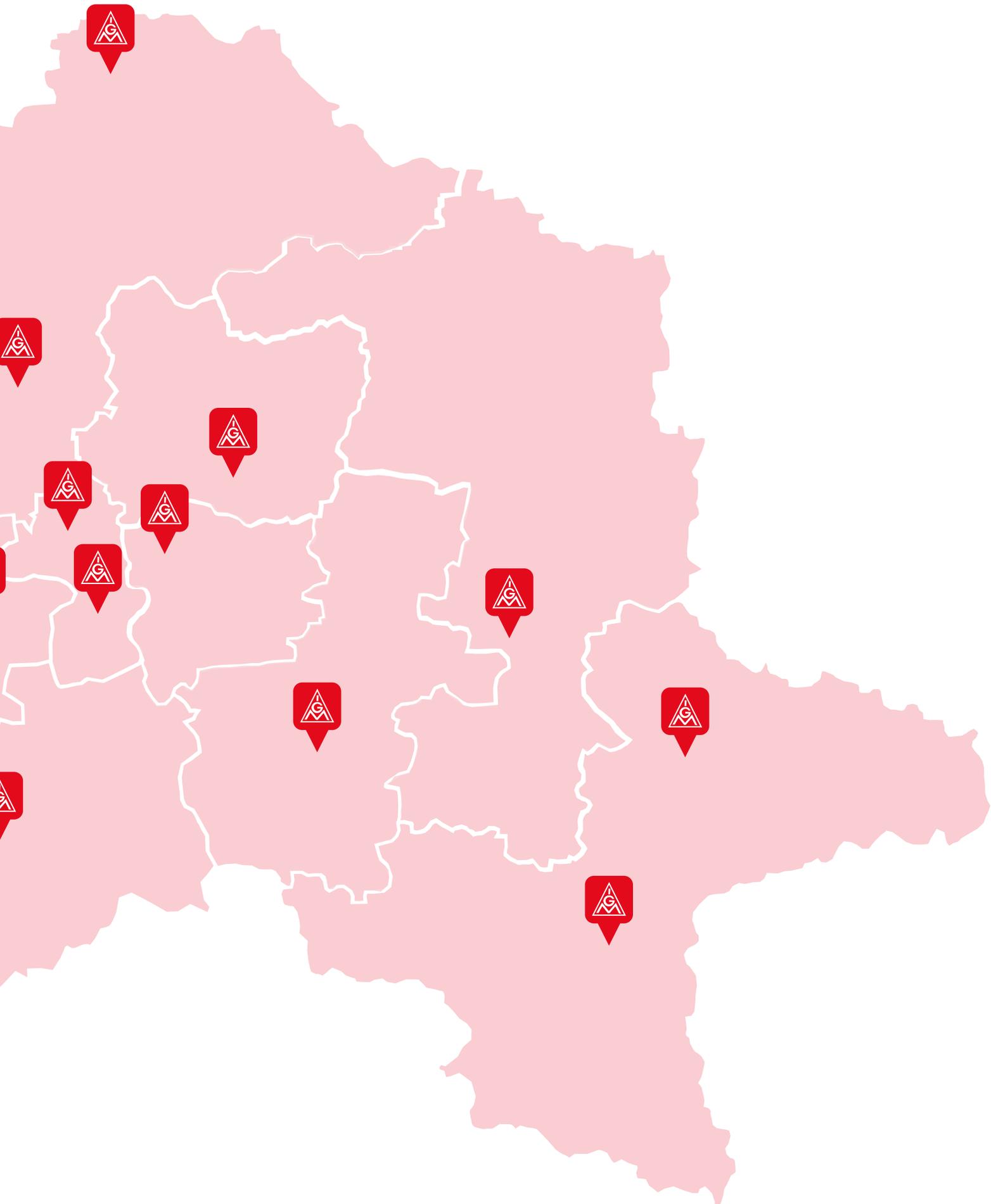
In Zeiten des Wandels braucht es Solidarität und Zusammenhalt. So meistern wir Hürden und gestalten Zukunft: Von Vertrauensleuten über außerbetriebliche Arbeit bis hin zur Bildung.



TARIFRUNDEN

In der ME-Industrie, bei Volkswagen, im Handwerk: Vielerorts liefen Tarifrunden – erneut unter besonderen Bedingungen. Bundesweit waren fast 1 Million Beschäftigte auf der Straße.





Verantwortlich:
Thorsten Gröger, Bezirksleiter

Redaktionsschluss:
31. Dezember 2022

Gestaltung:
biewener&kolb, Hannover

Fotos:
Marcus Biewener, Heiko Stumpe,
Jelca Kollatsch, Stephan Guthahn,
Bernd Röttgers, Johannes Düselder,
Jan Mentrup, Inga Wolfram, Kai Jüncke,
Brigitte Langguth, Maximilian Oeverhaus

INHALT

Vorwort	6
Unser Team	8
Mitgliederstatistik	10
Metall- und Elektroindustrie	12
ME-Industrie.....	13
Volkswagen	18
Volkswagen-Haustarifvertrag	19
Volkswagen-Tochterunternehmen	22
Weitere Tarifrunden	24
Handwerk.....	26
Feinstblech-Packungsindustrie.....	27
Gesellschaftspolitik	28
Kampf gegen Rechts	29
Migration.....	29
Teilhabe.....	30
Frauen und Gleichstellung.....	31
Rentenpolitik	32
Landtagswahl	33
Betriebsratswahlen	34
1. Mai – Tag der Arbeit	36
Unsere Veranstaltungen	38
Bezirkskonferenz	39
Vertrauensleute	39
Hannover Messe	40
Jugend	42
Unsere Arbeit für Dich	44
Bezirklicher Vertrauensleuteausschuss.....	45
AGA	45
Die IG Metall vom Betrieb aus Denken.....	45
Bezirkliches Erschließungsprojekt	46
Bildungsarbeit.....	46
Projekt Weiterbildungsmentor*innen	47
Bezirklicher Angestelltenausschuss (BAA)	47
Angestellte, Engineering, IT.....	48
Studierendenarbeit.....	48
Medienarbeit.....	49

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit 2022 endete ein historisch schwieriges Jahr:

Multiple Krisenherde haben unser aller Alltag und nicht zuletzt auch das Handeln der IG Metall bestimmt. Während die Vorzeichen auf Pandemie-Ende standen und sich die Mehrheit nach einer Rückkehr von etwaiger Normalität sehnte, stellten der Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der daraus resultierende Höhenflug der Inflation und die Energiekrise, die Welt auf den Kopf. Nichts ist mehr wie es war und vieles wird nie wieder so sein.

Der 24. Februar 2022 stellt in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende dar: Der von Putin befohlene Angriffskrieg auf die Ukraine, der bis heute tausenden Menschen auf bestialische Art das Leben raubte, ist eine Zäsur für die europäische Friedensordnung und durch nichts zu rechtfertigen. Auf brutalste Art werden Familien entzweit, Liebende getrennt, Freunde zu Fremden und Häuser zu Schutt. Ganze Landstriche werden für Generationen unbewohnbar, Existenzen ausgeradiert und Industrie plattgemacht.

Unsere volle Solidarität gilt der ukrainischen Zivilbevölkerung. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind wir traditionell Kraft des Friedens. Wir fordern die russische Regierung auf, ihre Truppen zurückzuziehen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen. An die Bundesregierung und die Staatengemeinschaft appellieren wir, sich für diplomatische Lösungen stark zu machen.

Oberstes Ziel muss sein, dass die Waffen schweigen und eine stabile Friedenslösung gefunden wird. Ein neuer weltweiter Rüstungswettbewerb macht die Welt nicht sicher

und nimmt dringend notwendige Ressourcen für die großen Herausforderungen der Menschheit.

Als Metallerinnen und Metaller hatten wir 2022 viele Aufgaben: Dabei waren die Gegenwart und die Zukunft stets im Blick. Akut galt es Solidarität in den Mittelpunkt unseres Handelns zu rücken. Die große Spenden-, Hilfs- und Aufnahmebereitschaft für die Menschen aus der Ukraine und die zu uns kommenden Geflüchteten hat mich im vergangenen Jahr stark berührt. Solidarität kennt keine Grenzen und insbesondere keine Nationalität.

Angefeuert vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Inflation eine rasende Dynamik eingenommen. Zeitweise zweistellige Teuerungsraten haben den Druck auf die Portemonnaies der Beschäftigten im Land deutlich erhöht. Nicht nur an der Tankstelle hat man zeitweise schwindelerregend hohe Preise gesehen, auch im Lebensmittelregal im Supermarkt sowie beim Blick auf die Energiepreise waren extreme Kostensteigerungen festzustellen. Coronabedingte Sondereffekte, fragile Lieferketten und nicht zuletzt die Abhängigkeit von russischen Energieträgern, führten zu einem gewaltigen Anstieg der Inflationsrate.

Damit war auch klar, dass es in den Tarifrunden galt, dem etwas entgegen zu setzen.

Schon vor den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war eindeutig, dass 2022 ein Super-Tarifrunden-Jahr werden würde: Beginnend mit der Tarifrunde in der Stahl- und Eisenindustrie, zahlreichen Handwerksbranchen und im



*Thorsten Gröger,
IG Metall-Bezirksleiter*

späteren Jahresverlauf die startenden Tarifrunden der Metall- und Elektroindustrie sowie zum Haustarifvertrag bei der Volkswagen AG. Bei allen Tarifrunden und Forderungsdiskussionen der Tarifkommissionen war die steigende Inflation steter Begleiter.

Während die Arbeitgeber schon frühzeitig vor dem Schreckgespenst einer Lohn-Preis-Spirale warnten, haben die Gewerkschaften den Druck auf die Bundesregierung erhöht, um finanzielle Entlastungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu fordern. Die sogenannte „Lohn-Preis-Spirale“ gehört ins Märchenbuch - das hat unter anderem die IG Metall in der öffentlichen Debatte deutlich gemacht.

Als andere noch über Gasumlagen philosophierten, forderte die IG Metall eine Gaspreisbremse. Mit Erfolg konnten politische Entlastungsmaßnahmen forciert werden. Die Deckelung von Energiepreisen, die Diskussion um eine Übergewinnsteuer, die Nachschärfungen bei Entlastungen für Studierende und Rentner: Die IG Metall konnte vieles bei der Politik durchsetzen und auch 2023 wird der Druck für mehr Entlastungen und eine gerechte, gesellschaftliche Lastenverteilung der Krisenkosten nicht aufhören.

2023 werden wir weiter mit den Folgen der Krisen zu kämpfen haben und den Druck beispielsweise auf die Politik, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, weiter erhöhen. Unsere Solidarität wird nicht abebben und gemeinsam werden wir auch die bevorstehenden Herausforderungen meistern. Bei allen akuten Krisen darf nicht vergessen werden, dass der Klimawandel weiter voranschreitet und

unser aller Lebensgrundlage gefährdet. Die Generation Fridays for Future hat mit ihrem Ausspruch recht: Wir haben keinen Planeten B. Daher gilt es trotz schwerer Vorzeichen des Krieges und der Pandemie den Kampf gegen eine weitere globale Krise engagiert anzugehen!

Um die industrielle Transformation erfolgreich zu gestalten, ist es erforderlich, dass Industrie ihre Verantwortung wahrnimmt und Politik die notwendigen Rahmenbedingungen für den Umbau schafft. Es ist wichtig, dass die Interessen der Beschäftigten im Wandel berücksichtigt werden. Klimaschutz und Arbeitsplätze werden auch zukünftig zwei Seiten der gleichen Medaille bleiben.

In diesem Sinne: Den Mutigen gehört die Welt. Lasst uns gemeinsam für ein besseres Miteinander, eine gute Zukunft und faire Arbeit eintreten.

Euer

Thorsten Gröger

UNSER TEAM



Thorsten Gröger



Britta Dobben



Nina Hulm



Lars Johnke



Johannes Katzan



Carsten Maaß



Jan Mentrup



Louisa Mertens



Alexander Plogmann



Thilo Reusch



Mirko Richter



Alina Roß



Elke Schulte-Meine



Dr. Frederic Speidel



Markus Wentz



Sabrina Wirth

Ferner unterstützen das Team des Bezirks die Verwaltungsangestellten

Linda Davidsmeier

Martin Eschrich

Sabrina Frank

Marcel Gschmack

Christiane Hornhardt

Sabrina Hornig

Erik Jodjahn

Banu Kahraman

Ulrike Mebs

Hella Migura

Julia Radmer

Simone Stahlhut

Karin Wolf



MITGLIEDERSTATISTIK

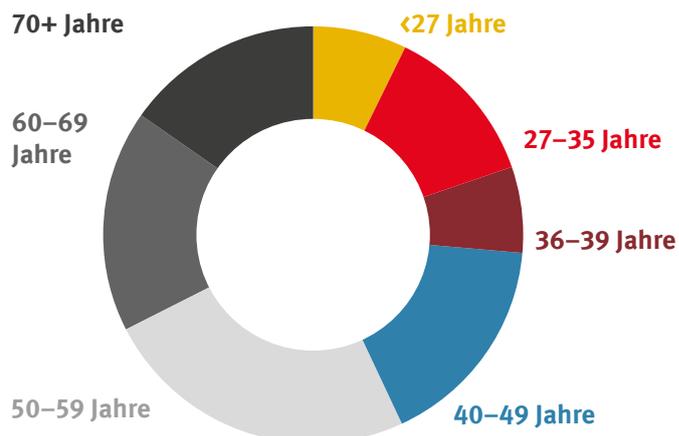
265.072

Mitglieder im Dezember 2022

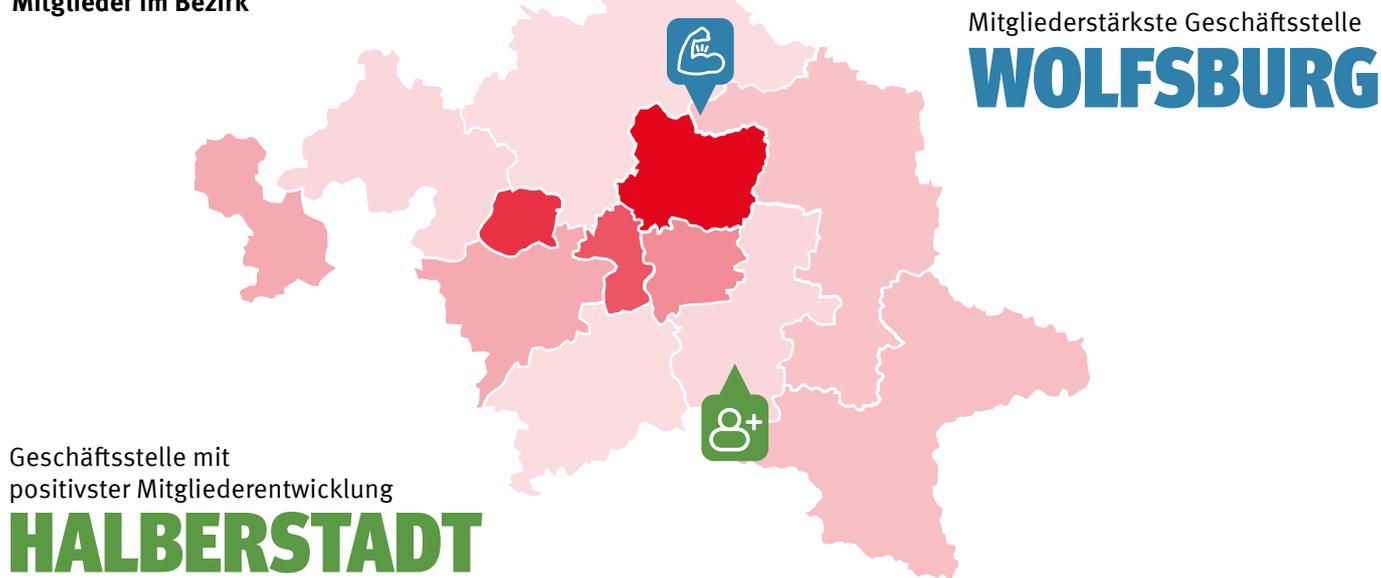
Aufteilung der Betriebsangehörigen Mitglieder



Alle Mitglieder nach Altersgruppen



Verteilung der Mitglieder im Bezirk



Um uns den Herausforderungen der Transformation stellen zu können, ist eine breite Basis wichtig. Nur in einer starken Gemeinschaft können wir den Wandel der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten gestalten. Insgesamt konnte sich die IG Metall in den Krisenjahren 2020/21 weitgehend stabil halten. Ende 2022 waren in den zwölf Geschäftsstellen des IG Metall Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt rund 265.000 Mitglieder organisiert – drei Geschäftsstellen sind in Sachsen-Anhalt zu finden, neun im

niedersächsischen Teil. Wolfsburg ist weiterhin die größte Geschäftsstelle in der Bundesrepublik. Die IG Metall Jugend ist weiterhin bundesweit größte Jugendorganisation mit alleine über 19.000 Mitgliedern in unserem Bezirk.



METALL- UND ELEKTRO- INDUSTRIE



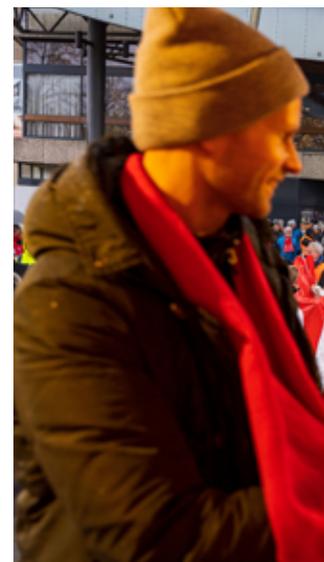
METALL+ELEKTRO
NIEDER-SACHSEN-ANHALT

ME-INDUSTRIE

Bereits vor den Sommerferien 2022 hat die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie an Fahrt aufgenommen. Dort beschlossen die regionalen Tarifkommissionen der IG Metall in der ME-Industrie ihre Forderungen für die im Herbst 2022 anlaufende Tarifrunde. Unter denkbar schwierigen Vorzeichen - mit den Corona-Jahren im Rücken und der nicht prognostizierbaren, aber davoneilenden Inflationsrate vor der Brust - wurde im Juni die Forderung von 8 Prozent mehr Entgelt beschlossen.

Im September startete die Tarifrunde für die IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der großen Tarifpolitischen Konferenz im Zoo Hannover. Im Prunksaal des Maharadscha sagte die IG Metall der Inflation den Kampf an und stimmte sich auf die bevorstehende erste Verhandlung ein. Mehr als 250 Teilnehmende lauschten aufmerksam den Worten des Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann, sowie Sebastian Dullien, dem wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, die über die zu bewältigenden Herausforderungen in der Tarifrunde 2022 referierten und die wirtschaftlichen Rahmen absteckten.

Wenig später, am 12. September, startete die bundesweit erste Tarifverhandlung der Metall- und Elektroindustrie in Hannover. Was die Arbeitgeber am Verhandlungstisch allerdings präsentierten, grenzte an Schmierentheater. Drei Verhandlungsrunden waren diese weder in der Lage eine passende Antwort auf die präsentierte Forderung der IG Metall zu bieten, noch lieferten sie eigene Vorstellungen wie die Probleme der Beschäftigten im Angesicht



der steigenden Teuerungsrate zu lösen seien. In keinem der drei Tarifgebiete der Metall- und Elektroindustrie im IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wichen die Arbeitgeber vom vorgegebenen Skript ab und zeigten sich nirgendwo kompromiss- und gesprächsbereit.

Während die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen nicht sprachfähig zeigten, heizten sie allerdings im Umfeld der Tarifrunde die Stimmung an. In Interviews forderte Gesamtmetallchef Wolf nicht selten eine Nullrunde und erwartete, dass die Beschäftigten ihren Beitrag in der Krise zu leisten hätten. In den Verhandlungen forderten die Arbeitgeber, ohne konkreter darauf einzugehen, was sie damit meinen, eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten und eine Dynamisierung von tariflichen Zahlungen. Ebenfalls über Zeitungsinterviews ließ dann der Präsident des Arbeitgeberverbandes NiedersachsenMetall Niemsch durchklingen, was sich dahinter konkret versteckte: Eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 35 auf 37 Stunden im Westen und von 37 auf 39 Stunden pro Woche in Ostdeutschland. Vorschläge, denen die IG Metall, vehement und mehr als deutlich eine Absage erteilte. Vorschläge, die allerdings zurecht die Gemüter der Beschäftigten in einer ohnehin historisch schwierigen Tarifrunde weiter erhitzten.

Erst am Tag des Auslaufens der Friedenspflicht sah der Arbeitgeberverband sich in der Lage ein Angebot zu präsentieren, das seinen Namen nicht verdient hat. Eine

steuerfreie Einmalzahlung von 3.000 Euro, gestreckt auf 30 Monate. Kein Geld in die Tabelle, keine dauerhafte Steigerung der Entgelte. Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie fanden daraufhin bundesweit eine klare Antwort: Warnstreik!

Mit Auslaufen der Friedenspflicht beteiligten sich bundesweit mehr als 1 Million Kolleginnen und Kollegen an Warnstreik- und Protestaktionen in den Betrieben. Alleine im IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt legten binnen weniger Wochen mehr als 43.000 Beschäftigte die Arbeit nieder und erhöhten so den Druck auf die Arbeitgeberseite spürbar. In der ersten Warnstreikwelle erfolgten zunächst betriebliche Aktionen vor Ort, in einem weiteren Schritt fanden regionale Kundgebungen statt, an denen sich mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen beteiligten.

Die durchgeführten Warnstreiks und die Drohkulisse von 24-Stunden-Streiks führten dazu, dass sich die Arbeitgeber am Verhandlungstisch gesprächsbereit zeigten und zu einer tragfähigen Lösung bereit waren. Das geschnürte Ergebnispaket sieht vor, dass es zu dauerhaften Entgeltsteigerungen sowie Inflationsausgleichsprämien in zwei Zahlungen kommt. Zu Beginn des Jahres 2023 gab es die erste Stufe der Inflationsausgleichsprämie von 1.500 Euro netto (Auszubildende 550 Euro). Im Juni 2023 steigen die Tarifentgelte um 5,2 Prozent. Anfang 2024 erhalten die



Beschäftigten die zweite Stufe der Inflationsausgleichsprämie in Höhe von weiteren 1.500 Euro (Auszubildende 550 Euro). Im Mai 2024 steigen die Tarifentgelte dann um 3,3 Prozent. Die Laufzeit: bis 30. September 2024. Für Facharbeitende in der sogenannten Eckentgeltgruppe bringt der Tarifabschluss über die Laufzeit von 24 Monaten rund 7.000 Euro mehr, davon rund 4.000 Euro dauerhaft und 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei. Damit sitzt die IG Metall für die Beschäftigten in den drei Tarifgebieten in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim im Herbst 2024 mit der Arbeitgeberseite wieder am Verhandlungstisch.

Gemeinsam stark: Von Ost bis nach West

Der Erfolg in der Tarifrunde 2022 konnte nur erzielt werden, weil die Kolleginnen und Kollegen von Halle bis nach Osnabrück im ganzen Bezirk ordentlich Druck gemacht haben. Ob in den Geschäftsstellen in Sachsen-Anhalt über Niedersachsen bis ganz in den Westen: Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie haben sich breit aufgestellt, solidarisch gezeigt und so die Arbeitgeber ganz schön auflaufen lassen.

Im Tarifgebiet der Metall- und Elektroindustrie Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim konnte kurze Zeit nach dem Abschluss in Niedersachsen auch eine Einigung mit der lokalen Bezirksgruppe des Arbeitgeberverbandes

erzielt werden. Spannend dort: Als Gesprächsverpflichtung wird im Nachgang der Tarifrunde 2022 über einen Tarifvertrag zu Langzeitkonten und Fahrrad-Leasing verhandelt.

Im Tarifgebiet in Sachsen-Anhalt konnte im Tarifabschluss eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zum 1. Juni 2023 erreicht werden – auf die ganze Tariflaufzeit steigen diese um bis zu 12 Prozent. Damit leisten die Tarifpartner gemeinsam einen Beitrag, um die Attraktivität der Ausbildung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken und die Nachwuchsgewinnung mit Blick auf den Fachkräftebedarf zu fördern. Ferner haben sich die Tarifvertragsparteien auf eine betriebliche Möglichkeit der Überlassung von Leasing-Fahrrädern im Wege einer freiwilligen Entgeltumwandlung verständigt.







VOLKSWAGEN



VOLKSWAGEN- HAUSTARIFVERTRAG

Mit ein wenig Zeitversatz zur Metall- und Elektroindustrie startete auch die Tarifrunde zum Haustarifvertrag der Volkswagen AG. Vor den Sommerferien beschloss die Tarifkommission ebenfalls mit einer Forderung nach einer achtprozentigen Entgelterhöhung in die Tarifrunde 2022 zu starten und im Gleichklang mit der Fläche für dauerhafte Entgelterhöhungen zu streiten.

Die IG Metall forderte in der VW-Tarifrunde 2022:

- ▶ Eine tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 8 Prozent
- ▶ Eine Verlängerung des Tarifvertrages über die Altersteilzeit
- ▶ Verbesserungen der tariflich geregelten Freistellungszeiten für Mitglieder der IG Metall
- ▶ Die Übernahme der Semesterbeiträge für alle Dual Studierenden durch Direktzahlung an die Hochschulen

Der Haustarifvertrag betrifft rund 125.000 Beschäftigte an den sechs Standorten der VW AG (Braunschweig, Emden, Hannover, Kassel, Salzgitter, Wolfsburg) sowie bei den Töchtern VW Financial Services, Volkswagen Immobilien und der dx.one GmbH.



Bei der ersten Verhandlungsrunde Ende Oktober zeigte sich die Arbeitgeberseite bei Volkswagen wenig gesprächsbereit und verweigerte einen konstruktiven Verhandlungsprozess. VW-CFO Arno Antlitz ließ bereits im Vorfeld der Tarifrunde verlautbaren, dass erfolgreiche Bilanzen kein Grund für Entgelterhöhungen seien. So agierte das Unternehmen auch in der ersten Zusammenkunft mit der IG Metall und ging nicht auf die Forderungen der Gewerkschaft ein. Im Gegenteil: Es wurden sogar digitale Charts vorgestellt, welche beispielsweise zeigten, dass die Altersteilzeit zum Jahresende 2022 ohne Nachwirkung auslaufen sollte.

Mit einer klaren Kommunikation und Erwartungshaltung ging es dann Anfang November in die zweite Verhandlung. Vor den Toren des Wolfsburger Stadions versammelten sich mehr als 4.000 Beschäftigte innerhalb der Friedenspflicht, um ihren Unmut über das Auftreten der Arbeitgeberseite in den Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen. Der lautstarke Protest der VW-Kolleginnen und Kollegen war mehr als eindrucksvoll und unterstrich, dass die Belegschaft bei Volkswagen protestbereit war. In der zweiten Verhandlung wollte das Unternehmen ebenfalls kein Angebot unterbreiten und verwies auf die dritte Verhandlungsrunde, welche letztlich Ende November stattfand.

Ein 12-stündiger Verhandlungsmarathon kurz vor Auslaufen der Friedenspflicht sowie das eindrucksvolle

Eskalationsszenario, dessen Vorgeschmack es bei der zweiten Gesprächsrunde gab, führten letztlich zu einer Tarifverständigung mit Volkswagen.

Die Tarifeinigung sieht unter anderem ein tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 5,2 Prozent ab dem 1. Juni 2023 sowie um weitere 3,3 Prozent ab dem 1. Mai 2024 vor. Wie in der Fläche beträgt die Laufzeit des Tarifvertrages 24 Monate.

Ferner erhalten die Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro, die in zwei Schritten ausgezahlt werden. Im Februar 2023 wurden bereits 2.000 Euro ausgezahlt, 1.000 Euro folgen im Januar 2024. Auszubildende erhielten bzw. erhalten jeweils die Hälfte. Diese Einmalzahlungen fließen steuer- und abgabenfrei, also brutto gleich netto.

Mit dem Tarifabschluss 2021 ist erstmals eine generelle Öffnung der tariflichen Zusatzvergütung (T-ZUV) gelungen: Alle Beschäftigten, die wollten, konnten fortan auf die Hälfte ihrer Zusatzvergütung verzichten und das Geld stattdessen in drei freie Tage eintauschen. Die besonders belasteten Gruppen - also wer kleine Kinder hat, die Angehörigen pflegt oder regelmäßig in Schicht arbeitet - erhielt die Wahloption, im Tausche gegen die vollen 27,5 Prozent, sechs Tage in Anspruch zu nehmen.



Mit dem Tarifabschluss 2022 wird diese Wandlungsoption „freie Tage statt mehr Geld“ nun vollständig für alle Beschäftigten geöffnet: Sie können künftig zwischen drei Optionen wählen: Nur Geld über die 27,5 Prozent Extrazahlung im August oder die hälftige Aufteilung in 13,75 Prozent plus drei freie Tage oder die komplette Umwandlung in sechs freie Tage. Der Tarifvertrag über die Altersteilzeit wird zu den bisherigen Konditionen fortgeführt und bis zum 31. Dezember 2027 verlängert.

Der Zuschuss für die Semesterbeiträge für alle Dual Studierenden wird deutlich angehoben: So erhalten Dual Studierende künftig 395 Euro pro Semester, um ihre Beiträge an die Hochschulen begleichen zu können (statt bisher 350 Euro). Außerdem überweist VW die Gebühren fortan rechtzeitig, so dass der Nachwuchs bei den Zahlungen an die Hochschulen nicht mehr in Vorleistung treten muss. Die bisherige leistungsorientierte Einmalzahlung (LOE) wird mit 500 Euro für alle Dual Studierenden und Auszubildenden künftig spürbar über dem bisherigen Durchschnittssatz (467 Euro) festgeschrieben. Sie wächst tarifdynamisch und wird weiter im Mai ausgezahlt. Die bisher festgeschriebenen 1.400 Ausbildungsplätze pro Jahr werden nicht angetastet. Innerhalb der Systematik werden ein VW- Master und weitere Stipendien ergänzt.

Mit dem Tarifabschluss hat Volkswagen kurz vor Ende der Friedenspflicht nochmals die Kurve bekommen. Mit

den Entgeltsteigerungen und Einmalzahlungen können aufkommende Härten, die durch die Preissteigerungen beim Einkaufen, beim Tanken oder beim Heizen entstehen, kurzfristig aufgefangen und abgefedert werden. Im Zusammenspiel mit politischen Entlastungsmaßnahmen wie der Strom- oder Gaspreisbremse sowie weiteren Einmalzahlungen vom Staat, entsteht ein Gesamtpaket, das die Wucht der Inflation eindämmt. Tarifpolitik alleine kann die Dynamik der Teuerungen nicht vollständig auffangen, aber mit unserem Abschluss leisten wir in historisch schwierigen Zeiten einen Beitrag, damit die Beschäftigten besser durch die Krise kommen!



VOLKSWAGEN-TOCHTERUNTERNEHMEN

Parallel zum Haustarifvertrag der Volkswagen AG startete auch die Tarifrunde für die Beschäftigten bei zahlreichen Volkswagen-Tochterunternehmen. Viele Verhandlungen liefen hier mit faden Ausreden ins Leere, doch nachdem im Haustarifvertrag eine Einigung erzielt werden konnte, zeigten sich die individuellen Arbeitgeberseiten letztlich auch gesprächsbereit.

So zum Beispiel bei der **Volkswagen Group Services**: Nachdem durch den Tarifabschluss zum Haustarifvertrag bei Volkswagen eine gute Grundlage gelegt worden ist, erfolgte nun auch eine Tarifeinigung. Vorausgegangen ist ein 17- stündiger Verhandlungsmarathon. Von dem Abschluss profitieren mehr als 9.000 Beschäftigte an den Standorten in Wolfsburg, Braunschweig, Emden, Hannover, Kassel, Salzgitter und Ingolstadt. Auf materieller Seite erfolgt zum 1. Juni 2023 eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 5,2 Prozent, im Jahr darauf zum 1. Mai 2024 folgen weitere 3,3 Prozent. Außerdem erfolgt die Auszahlung einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro in zwei Schritten, im Februar 2023 wurden bereits 2.000 Euro bezahlt, weitere 1.000 Euro folgen im Februar 2024. Auszubildende und Studierende im Praxisverbund erhalten insgesamt 1.500 Euro und somit

jeweils hälftiges Volumen zu den Auszahlungsterminen. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

Ferner gibt es vorab spezifische Erhöhungen für einzelne Geschäftsbereiche in der Volkswagen Group Services: So erhielten alle Beschäftigten im Bereich Gastronomie/ Event ab 01. Dezember 2022 eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 1,99 Euro, was für eine*n Vollzeitbeschäftigte*n mehr als 300 Euro im Monat ausmacht. Mit den weiteren Entgelterhöhungen von 5,2 Prozent und 3,3 Prozent, während der Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrages, ergibt sich dann eine Erhöhung von insgesamt 23,5 Prozent beim sogenannten Eckentgelt. Auch im Bereich Logistik stieg das Stundenentgelt vorab um einen Euro, was zu einer monatlichen Entgeltsteigerung von 153 Euro führt. Das entspricht einer Sofortherhöhung von 6,55 Prozent und einem Gesamtvolumen über die Laufzeit des Tarifvertrages beim Eckentgelt um fast 16 Prozent. Und schließlich gibt es auch im Bereich der sogenannten „Allgemeinen Dienstleistungen“ eine Sofortherhöhung von ca. 2 Prozent bei einem Gesamtvolumen von 10,81 Prozent über die Laufzeit des Tarifvertrages.

Die Wandlungsoption „freie Tage statt mehr Geld“ bei der tariflichen Zusatzvergütung (T-ZUV) wird vollständig für

die Beschäftigten geöffnet: Sie können künftig zwischen drei Optionen wählen: Nur Geld, das heißt 27,5 Prozent Extrazahlung im August, die hälftige Aufteilung in 13,75 Prozent plus drei freie Tage oder die komplette Umwandlung in sechs freie Tage. Bei der Volkswagen Group Services müssen zudem zukünftig die Studierenden im Praxisverbund beim Begleichen ihrer Semesterbeiträge nicht mehr in Vorleistung gehen. Sie erhalten früher und in höherem Umfang ihren Semestergebühreuzuschuss – jetzt in Höhe von 395 Euro brutto, aber sichergestellt auch mindestens 360 Euro netto.

Kräftige Entgeltsteigerungen gibt es für die Beschäftigten der **Autostadt GmbH**, der **Wolfsburg AG** sowie die **Kernbeschäftigten der VW Group Services GmbH** und der **AutoVision – Der Personaldienstleister GmbH & Co. OHG**. Möglich machte dies das Verhandlungsergebnis der IG Metall mit der Arbeitgeberseite der Tarifgemeinschaft, das nach 14-stündiger zweiter Verhandlung erzielt werden konnte. Auf materieller Seite steigen die Entgelte zum 01. Juni 2023 um 5,2 Prozent sowie um weitere 3,3 Prozent zum 01. Mai 2024. Ferner erhalten die Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro, die in zwei Schritten ausgezahlt wird: 2.000 Euro erfolgten im Februar 2023, 1.000 Euro folgen im Januar 2024. Auszubildende erhalten insgesamt 1.500 Euro. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Zusätzlich können zukünftig alle Beschäftigten die tarifliche Zusatzvergütung in bis zu sechs freie Tage umwandeln. Bislang galt diese Wandlungsoption für alle Beschäftigten nur bis zu drei Tage. Lediglich besonders belastete Beschäftigte in Schichtarbeit oder bei Kindererziehung und Pflege konnten sechs freie Tage in Anspruch nehmen.

Als Sorgenkind galt bis zuletzt **Brose Sitech** - mit Standorten in Wolfsburg und Emden. Dort gab es leere Stiefel am Nikolaustag: Auch in der dritten Verhandlungsrunde zwischen IG Metall und Brose Sitech kam es nicht zum Tarifabschluss. Das Unternehmen weigerte sich noch, auf die Forderungen der IG Metall einzugehen und warf eigene Provokationen in die Waagschale. Während die Geschäftsführung der Brose Deutschland GmbH für ihre Beschäftigten deutschlandweit die Übernahme des Tarifergebnisses aus der Metall- und Elektroindustrie aus Bayern verkündet hatte, blieb die Verhandlungskommission der Arbeitgeberseite für Wolfsburg und Emden zunächst auf Konfrontationskurs. Gekrönt wurde das Schauspiel der Arbeitgeberseite dadurch, dass eine Steigerung der

Entgelte nur gelte, wenn man zusätzliche Arbeitgeberforderungen akzeptiere. So präsentierte das Unternehmen unter anderem ein Forderungspaket, das die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden für Teile der Belegschaft vorsah. Für andere Teile sollte eine Verkürzung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden ohne Lohnausgleich erfolgen. Auch die Neudefinition von Mehrarbeit sowie eine Verschlechterung von Kündigungsfristen wurde auf das Tapet gebracht. Insgesamt legte die Brose Sitech hier einen Katalog von mehr als zwanzig neu zu regelnden Punkten auf den Tisch, von denen sie mindestens neun Punkte einer Lösung im Verhandlungsergebnis zuführen wollte – obwohl jene Punkte in Tarifverträgen mit der IG Metall fest geregelt sind und eben nicht gekündigt wurden.

Nachdem weitere Warnstreiks und betriebliche Aktionen unmittelbar bevorstanden und auch Betriebsversammlungen stattgefunden haben, lenkte Brose Sitech noch gerade so ein, um eine spürbare und teure Tarifskalation zu vermeiden. Das Unternehmen verständigte sich mit der IG Metall auf folgende Eckpunkte einer Tarifeinigung: Die Entgelte und Ausbildungsvergütungen steigen tabellenwirksam zum 1. Juni 2023 um 5,2 Prozent und um weitere 3,3 Prozent zum 1. Mai 2024. Außerdem erhalten die Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro, die in zwei Schritten ausgezahlt wird. Im Februar 2023 gibt es 2.000 Euro, im Januar 2024 folgen weitere 1.000 Euro steuerfrei. Für Auszubildende gibt es jeweils die Hälfte. Zusätzlich können zukünftig alle Beschäftigten die tarifliche Zusatzvergütung in bis zu sechs freie Tage umwandeln.

Der Konflikt bei Brose Sitech ist ein Paradebeispiel dafür, dass gut organisierte Belegschaften ihre Interessen durchsetzen und für gute Arbeitsbedingungen einstehen können.



WEITERE TARIFRUNDEN

STAHL- UND EISENINDUSTRIE

Mitte Mai starteten die Tarifverhandlungen in der west- sowie in der ostdeutschen Stahl- und Eisenindustrie. Schon bei der Forderungsaufstellung war klar: Eine tabellenwirksame Entgelterhöhung muss kommen. Mit großer Entschlossenheit sind die Metallerrinnen und Metaller in die Tarifrunde gestartet. Trotz des Krieges in der Ukraine sind die meisten Stahlunternehmen gut durch die Krisen navigiert, konnten gestiegene Rohstoffkosten an die Kunden weitergeben, konnte so ihre Ergebnisse rekordträchtig ausbauen und prächtige Dividenden an ihre Aktionärinnen und Aktionäre ausschütten. Zurecht forderten die Beschäftigten einen fairen Anteil, schließlich sind sie es, die einen erheblichen Anteil an der guten wirtschaftlichen Lage tragen.

Anders als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann die Stahlindustrie die gesteigerten Kosten bisher weitestgehend, in Form höherer Stahlpreise, an die Kunden weitergeben. So lag der Preis für Warmband pro Tonne am 18. April 2022 bei 1.351 Euro. Am 23. Februar, einen Tag vor Kriegsausbruch, lag der Preis noch bei 965 Euro. Auch aufgrund dieser Entwicklung haben einige Stahlkonzerne ihre Ergebnisprognose für das Jahr 2022 angehoben. Insgesamt sei die Lage in der Eisen- und Stahlindustrie sehr stabil und mitunter gar exzellent. Die Umsätze der Eisen- und Stahlindustrie haben sich nach dem Krisenjahr 2020, in dem 26,6 Milliarden Euro erwirtschaftet wurden, massiv erhöht. Im Jahr 2021 sind es mit 36,1 insgesamt rund 10 Milliarden Euro mehr an Umsatz, den ihr für die Betriebe erzielt habt.

Neben der Erhöhung der Monatsentgelte wollten die Tarifkommissionen zudem die Tarifverträge zur Alterszeit, über den Einsatz von Werkverträgen und zur Beschäftigungssicherung verlängern.

Stahl ist Zukunft – das ist nicht nur ein Slogan, sondern die tiefe Überzeugung der IG Metall. In der Tarifrunde der Eisen- und Stahlindustrie zeigte sich jedoch schnell: Die Arbeitgeber trugen nicht zu dieser Zukunft bei. Mit ihrer Verweigerungshaltung in den ersten Verhandlungsrunden ließen sie unnötig die Emotionen hochkochen und es



folgte, was folgen musste: Die Beschäftigten gingen in den Arbeitskampf.

Die Arbeitgeber hatten in der ersten Verhandlung 2.100 Euro alleinstehende Einmalzahlung angeboten. Die IG Metall hat dieses Angebot als in Struktur und Volumen völlig unzureichend zurückgewiesen und die Arbeitgeber aufgefordert, ein Angebot vorzulegen, das eine dauerhafte Erhöhung der monatlichen Entgelte beinhaltet. Dazu waren die Arbeitgeber nicht bereit, weswegen bis zum Verhandlungsergebnis rund 34.000 Beschäftigte ihren Unmut in Form von Warnstreiks äußerten. Ein zentraler Schwerpunkt der Aktionen war in Salzgitter vor den Toren der Salzgitter AG. Bei uns im Bezirk fanden zudem Kundgebungen in Georgsmarienhütte, Peine und Ilsenburg statt.

Der Protest zeigte Erfolg: Mitte Juni konnte ein Tarifergebnis erst in der west-, dann in der ostdeutschen Stahlindustrie erzielt werden. 6,5 Prozent mehr Entgelt pro Monat bei einer Laufzeit von 18 Monaten. Zudem wurde für die Monate Juni und Juli eine einmalige Zahlung von 500 Euro vereinbart. Die Auszubildenden erhielten 200 Euro. Zudem wurde die Verlängerung der Tarifverträge über Alterszeit, zur Beschäftigungssicherung sowie über den Einsatz von Werkverträgen beschlossen.

HANDWERK

Ein spürbares Plus gab es auf den Entgeltabrechnungen von Beschäftigten des **Kälteanlagen-Handwerks** in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Bereits seit dem 1. Januar 2022 gibt es ein Plus von 3 Prozent in Niedersachsen und sogar 5,1 Prozent in Sachsen-Anhalt. Zum 1. Januar 2023 steigen die Entgelte dann nochmals um 2,8 Prozent in beiden Tabellen. Ähnliches gilt für die Auszubildenden in beiden Bundesländern. Auch für sie hat sich die IG Metall eingesetzt: So stieg bzw. steigt zum 01. Januar 2022 und 2023 die monatliche Ausbildungsvergütung um jeweils 50 Euro. Insgesamt konnte ein überzeugendes Verhandlungsergebnis erzielt werden. Allem voran bringen 5,8 Prozent mehr Geld innerhalb von 24 Monaten ein spürbares Plus auf dem Konto! Zusätzlich gibt es für die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt besonderen Grund zur Freude. Neben einem zusätzlichen Plus von 2 Prozent in die Entgelttabellen, gibt es mit der Übernahme des Manteltarifvertrages und des Tarifvertrages zu Sonderzahlungen endlich einen spürbaren Schritt in Richtung Angleichung an die Beschäftigten in Niedersachsen.

Für die Beschäftigten, die dem **Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung** in Niedersachsen (ITGA) angehören, gibt es gute Nachrichten: Der Ecklohn erhöhte sich zum 01. April 2022 um 3,7 Prozent. Durch eine überproportionale Anhebung der oberen Lohngruppen, steigen die Löhne in den höchsten Stufen sogar um bis zu 4 Prozent.

Außerdem wurde eine zusätzliche Lohngruppe für bauleitende Monteurinnen und Monteure eingefügt. Die Auszubildenden erhalten bis zu 37 Euro mehr Vergütung. Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2023.

Nach zahlreichen Protestaktionen in den Betrieben konnte Mitte September für die rund 70.000 Beschäftigten des **Metallhandwerkes und der Landbautechnik** in Niedersachsen ein Abschluss erzielt werden. Neben einer tabellenwirksamen Erhöhung von 6,1 Prozent, sollte es eine Inflationsausgleichsprämie von 1.000 Euro netto geben. Die Arbeitgeber kassierten dieses Ergebnis jedoch noch in der Erklärungsfrist wieder ein. Zu teuer, meinten einige der Chefs. Nach langen und zähen Verhandlungsrunden konnte der Abschluss jedoch gesichert werden! Denn nach

dem Rückzug der Arbeitgeber liefen die Warnstreikvorbereitungen in den Betrieben auf Hochtouren. Wären diese notwendig gewesen, hätte das eine lange Zeit des sozialen Friedens beendet. In den vergangenen 20 Jahren waren Streiks im Metallhandwerk und der Landbautechnik nicht notwendig. Dieses Mal stand es auf der Kippe und das scheinen die Arbeitgeber auch verstanden zu haben.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation in vielen Betrieben, verständigten sich die Tarifpartner letztlich auf einen Abschluss mit einer tabellenwirksamen Entgelterhöhung von 6,1 Prozent ab 01. März 2023 sowie eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1.000 Euro netto für Vollzeitbeschäftigte, die spätestens mit dem Februar-Entgelt 2023 ausgezahlt wird.

Für die Auszubildenden lohnt sich der Abschluss ganz besonders: In einem ersten Schritt steigen die Ausbildungsvergütungen pro Ausbildungsjahr um jeweils 100 Euro, ebenfalls ab März 2023, an. Ab Juli 2023 steigen sie dann erneut überproportional um weitere 100 Euro. Die Ausbildungsvergütung im Metallhandwerk und der Landbautechnik beträgt ab Juli 2023 mindestens satte 1.011 Euro im ersten Ausbildungsjahr und ist damit konkurrenzfähig gegenüber den Einkommen in vergleichbaren Industriebetrieben. Außerdem erhalten die Auszubildenden ebenfalls eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 500 Euro.

Die Entgelttabelle in der Landbautechnik wird außerdem überproportional um zusätzlich 3 Prozent angehoben, um dem Bedarf nach dringend gesuchten Fachkräften gerecht zu werden und die Tabelle auf das Niveau des Metallhandwerkes heranzuführen. Die Laufzeit beträgt 18 Monate, bis Ende Februar 2024.

Bereits im April 2022 stiegen die Entgelte für die Beschäftigten im **Metallhandwerk im Land Sachsen-Anhalt** um 3,3 Prozent tabellenwirksam an. Die IG Metall konnte im Oktober erneut einen Tarifabschluss für die Kolleginnen und Kollegen der gut 300 Innungsbetriebe erzielen: Die Entgelttabellen stiegen ab dem 1. Oktober 2022 zusätzlich um 6,3 Prozent. Die Laufzeit des Tarifabschlusses ist bis zum 31. Mai 2023.



Ein spürbares Entgeltplus konnte auch für die Beschäftigten des **Sanitär-Heizung-Klima-Handwerks** erzielt werden. Diese erhalten ab April 2023 4,6 Prozent mehr Entgelt. Damit steigt der neue Ecklohn auf 21,01 Euro an – ein Spitzenwert im Handwerk. Ferner erhalten die Beschäftigten eine steuerfreie Inflationsausgleichprämie in Höhe von 1.000 Euro, welche die Teuerungswirkung abfangen soll. Diese wurden bzw. werden bereits mit 500 Euro im Dezember 2022 und weiteren 500 Euro im März 2023 ausgezahlt. Auszubildende erhielten einmalig 200 Euro. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Das tragfähige Verhandlungsergebnis kam in der zweiten Verhandlungsrunde zustande und ist ein gutes Zeichen für die Branche, die als Wegweiser für eine



erfolgreiche Energiewende gilt. Denn: Ohne Fachkräfte im SHK-Handwerk wird die energetische Gebäudesanierung nicht gelingen.

Trotz des guten Abschlusses stehen die Arbeitgeber beim wichtigen Thema Fahrzeiten auf der Bremse. Bis zu zwei Stunden Fahrzeit pro Woche müssen die Beschäftigten laut einer alten Regelung für umsonst leisten. Die heutige Rechtsprechung hat hierzu eine andere Auffassung: Fahrzeit ist Arbeitszeit. Unbezahlte Arbeitszeit mit zeitgleichen Rufen nach dringend benötigten Fachkräften passt nicht zusammen. Ein Streichen der unbezahlten Stunden bieten die Arbeitgeber aber nur im Austausch für einen teilweisen Verzicht zukünftiger Lohnerhöhung. Das ist ein klares No-Go!

FEINSTBLECH-PACKUNGSINDUSTRIE

Gute Nachrichten gab es Ende November auch für die Beschäftigten der Feinstblechpackungsindustrie. Die IG Metall konnte bereits nach zwei Verhandlungsrunden einen erfolgreichen Tarifabschluss erzielen, von dem rund 5.000 Beschäftigte bundesweit in der Industrie profitieren. Ein Schwerpunkt der zu gut 70 Prozent in Niedersachsen ansässigen Industrie ist, systemrelevante Nahrungsmittelverpackungen sowie Getränkedosen und chemisch-technische Verpackungen herzustellen, beispielsweise für Haarspray oder Farben. Weitere große Produktionsstandorte liegen in Koblenz, Cuxhaven, Haßloch und Hermsdorf bei Magdeburg.

Die Einigung der Tarifvertragsparteien sieht eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen in zwei Stufen vor: Zum 1. August 2023 um 5,2 Prozent und zum 1. Juni 2024 um weitere 3,3 Prozent. Zusätzlich gibt es eine steuerfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro. Im Januar erhalten die Beschäftigten bereits 1.500 Euro, die Restzahlung erfolgt im Januar 2024. Auszubildende erhalten 1.500 Euro, die ebenfalls in zwei Schritten ausgezahlt werden. Davon erhalten sie im Januar 2023 die Hälfte, die andere Hälfte im Januar 2024.



GESELLSCHAFTSPOLITIK

KAMPF GEGEN RECHTS

Das politische Jahr 2022 war thematisch geprägt von der noch nicht beendeten pandemischen Lage und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der damit zusammenhängenden Maßnahmen politischer Entscheidungsträger*innen und der daraus resultierenden Konsequenzen für Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Für die extreme Rechte boten sich vielfältige Agitationsmöglichkeiten: Die sich während der Corona Pandemie entwickelnden, sogenannten Querdenken-Bewegungen gingen thematisch vielerorts nahtlos vom Protest gegen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu eigenwilligen Friedensdemonstrationen über. Verbindendes Element waren hierbei Verschwörungsmythen über angeblich geheime Pläne sinister Eliten. Das Grundrecht der Meinungsäußerung wurde nicht selten von rechtsextreme Agitatoren geschickt für sich zu nutzen und zu kapern gewusst. Immerhin blieben Heißer Herbst und Wutwinter weitestgehend rechte Wunschvorstellungen.

Auf der anderen Seite gelang es der AfD bei den niedersächsischen Landtagswahlen die Unzufriedenheit der Bürger*innen mit bundespolitischen Themen wie beispielsweise explodierender Energiekosten und hoher Inflationsrate zu mobilisieren und mit einem knapp zweistelligen Ergebnis ins Landesparlament einzuziehen. Es gab 2022 jedoch nicht nur Landtags-, sondern auch Betriebsratswahlen. Die extrem rechte Organisation und Pseudogewerkschaft Zentrum (Automobil) versuchte ihren regionalen Einflussbereich auszuweiten, konnten aber teils eingedämmt, teils zurückgedrängt werden. Obwohl weiterhin bundesweit eine Diversifizierung extrem rechter

Wahllisten zu beobachten war, konnten sich im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt weder eine einzelne Person noch eine Liste etablieren, die in einer der zentralen Organisationen der Neuen Rechten aktiv ist.

Um auch nach den Betriebsratswahlen weiterhin den Scharfmachern von Rechts keinen Nährboden in unseren Betrieben zu bieten, brauchte und braucht es vor allem zwei Dinge: Eine starke IG Metall, die unter anderem durch ihre guten Tarifabschlüsse und Einwirkungen auf die Politik für Zukunftssicherheit und Solidarität unter ihren Mitgliedern sorgte sowie eine lebhafte Erinnerungskultur und Bildungs- sowie Beratungsangebote zum Umgang mit zeitgenössischen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Ideologien, wie sie z. B. das bezirkliche Demokratieprojekt anbietet.

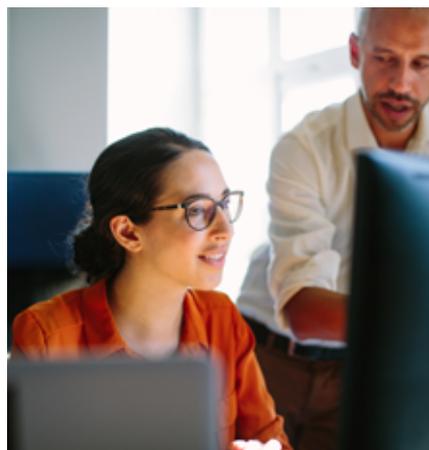
Es gilt wachsam zu bleiben: antidemokratisches und fremdenfeindliches Gedankengut sind auch im Jahr 2022 nicht verschwunden und werden es auch sobald nicht tun. Die IG Metall wird weiterhin für Chancengleichheit, Vielfalt, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten. Der Kampf gegen Neonazis und andere Rechtsextreme muss auf vielen Ebenen stattfinden, vom argumentativen Austausch am Stammtisch über politisches Engagement im Betrieb oder in den verschiedenen Parlamenten der Republik, als auch auf der Straße. Wir werden jenen mit aller Entschiedenheit entgegentreten, die Rassismus salonfähig machen und gesellschaftliche Probleme für rechte Hetze und falsche Alternativen nutzen wollen.

MIGRATION

Die Migration prägt das Gesicht Deutschlands seit langem nachhaltig. Ein Schlüsselereignis war beispielsweise vor sechs Jahrzehnten die Ankunft der ersten ‚Gastarbeiter*innen‘ aus Italien bei Volkswagen in Wolfsburg. Diese Menschen wurden zu unverzichtbaren Kolleg*innen und Freund*innen, sie bereicherten unsere Gemeinschaft und gestalteten unsere Kultur vielfältiger. Dennoch ist es eine traurige Realität, dass auch heute noch Menschen

aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Familiennamen oder Religion Nachteile, Hass und Gewalt erfahren.

Unsere klare Position ist es, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und jeglicher Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Wir sind überzeugt, dass es unerlässlich ist, erfolgreiche



Integrationsgeschichten und Beispiele positiver Migrationserfahrungen in den Vordergrund zu rücken.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in verschiedenen Sektoren - vom Automobilsektor über Tech-Unternehmen bis hin zum Bau- und Pflegebereich - wird die Bedeutung der Migration für den deutschen Arbeitsmarkt in Zukunft eher noch zunehmen.

TEILHABE

Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) ist ein wichtiger Bestandteil der Interessenvertretung von Schwerbehinderten in Unternehmen und Betrieben. Sie wurde im Schwerbehindertengesetz (SGB IX) gesetzlich verankert und hat die Aufgabe, die Belange von Schwerbehinderten in allen Fragen, die ihre Arbeit und ihre Integration in den Arbeitsprozess betreffen, zu vertreten. Die SBV ist ein wichtiges Gremium, das dazu beitragen kann, dass Schwerbehinderte in Betrieben und Unternehmen gleichberechtigt behandelt werden und ihnen der Zugang zu Arbeitsplätzen und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtert wird. Sie hat auch eine wichtige Beratungsfunktion und kann Schwerbehinderten bei der Lösung von Problemen und Schwierigkeiten im Arbeitsalltag helfen.

Die IG Metall steht fest an der Seite all jener, die für Gleichstellung und gegen Diskriminierung kämpfen. Wir fordern von der Politik Maßnahmen, die Diskriminierung in der Arbeitswelt effektiv verhindern. Ein möglicher Schritt in diese Richtung könnte eine Überarbeitung des Entgelttransparenzgesetzes sein, um Gleichstellung und Chancengleichheit weiter voranzubringen.

Im Herbst fanden die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) in Betrieben mit mindestens fünf Wahlberechtigten statt. Diese Wahlen sind von großer Bedeutung: Von einer starken SBV profitieren nicht nur Kolleginnen und Kollegen mit einer Behinderung – sondern alle Beschäftigten.

Immer wieder macht sich die IG Metall für Menschen mit Handicap stark und ruft Betriebe zum Abriss beruflicher Barrieren sowie der Förderung der Inklusion auf. Die Arbeitswelt von Morgen wird nicht nur nachhaltiger und digitaler, sie muss vor allem auch inklusiver werden. Die IG Metall setzt sich an jedem Tag des Jahres für Kolleginnen und Kollegen mit einer Behinderung ein: Alle Menschen müssen die gleichen Rechte haben – egal ob mit oder ohne Behinderung. Es gibt noch viel zu tun!



FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG

Obwohl in vielen Bereichen Fortschritte gemacht wurden, gibt es immer noch zahlreiche Herausforderungen und Benachteiligungen, denen Frauen in vielen Bereichen des Lebens und insbesondere im Arbeitsalltag begegnen.

Eine der größten Herausforderungen ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in Bezug auf die berufliche Teilhabe und Karrieremöglichkeiten. Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren, sind Frauen immer noch unterrepräsentiert in vielen Bereichen - insbesondere in Führungsrollen - und bekommen häufig weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen, für die gleiche Arbeit. Ein weiteres großes Problem besteht in der Ungleichheit mit Blick auf die Verteilung von Hausarbeit und Pflege. Auch hier sind Frauen häufig stärker belastet als Männer und haben weniger Zeit für ihre eigene Karriereentwicklung. Das sind unmittelbar Risikofaktoren für Altersarmut, denn fehlende Beiträge und Beitragsjahre tragen direkt zur Minderung der Rente bei.

Um diese Probleme anzugehen, sind umfassende Maßnahmen notwendig, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Zunächst muss die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern verbessert werden. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung von Quoten für Frauen in Führungspositionen oder die Abschaffung von Lohnungleichheit. Auch auf gesellschaftlicher Ebene gibt es viel zu tun. Es ist

wichtig, dass die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert wird und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem festen Bestandteil der gesellschaftlichen Normen wird. Dazu können Aufklärungskampagnen oder Bildungsmaßnahmen beitragen. Dazu nimmt die IG Metall immer wieder Anlässe wie den Weltfrauentag oder den Equal Pay Day, um Missstände zu beleuchten und Forderungen an Politik sowie Unternehmen zu adressieren.

Die IG Metall hat im Jahr 2022 zudem zwei weitere Themen in den Fokus gerückt: Die Corona-Pandemie hat die Gleichberechtigung der Geschlechter auf die Probe gestellt und hat dazu beigetragen, dass viele Missstände noch verschärft wurden. Studien zeigen, dass die Hauptlast in der Pandemie von Frauen getragen wurde und dass Mütter in Haushalten mit Kindern unter 14 Jahren eine deutlich größere Betreuungslücke als Väter auffangen mussten. Es besteht die Befürchtung, dass die Erfolge in vielen Bereichen der Gleichstellungspolitik durch die Pandemie einen Rückschlag erleiden und dass sich die Rollenbilder retraditionalisieren. Die gerechte Verteilung der familiären Sorgearbeit bleibt daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Gewalt gegen Frauen ist ein großes Problem. Trotz der Ratifikation der Istanbul-Konvention in Deutschland vor fast fünf Jahren bleibt die Bekämpfung von häuslicher

Gewalt ein drängendes Anliegen. Statistiken zeigen, dass jede dritte Frau Opfer von psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt wird. Die Corona-Pandemie und ein wachsender Populismus und Rechtsruck in der Gesellschaft haben dazu beigetragen, traditionelle Rollenbilder zu stärken und einen Nährboden für Gewalt zu schaffen. Es ist wichtig, dass der Staat mehr Aufklärungs- und

Sensibilisierungsangebote und Präventionsstellen unterstützt und dass Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind, auch entsprechende Unterstützung erhalten. Der Kampf gegen steigende Fallzahlen von digitaler sexualisierter Gewalt, wie Hatespeech, Cybergrooming, Veröffentlichung von Nacktbildern und Stalking im Internet, wird ebenfalls zentral werden. Der Staat muss hier entschieden vorgehen!

RENTENPOLITIK

Während die Teuerungsrate schwindelerregende Höhen erreichte, heizten 2022 einzelne Ökonomen eine Debatte um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters an. Die IG Metall erteilte solchen Gedankenexperimenten eine deutliche Absage. In ohnehin schwierigen und unsicheren Zeiten sei es unverantwortlich auf dem Rücken der Beschäftigten ein solches Spiel mit der Angst zu treiben. Entstehende Krisenkosten und auch der Fachkräftemangel können nicht durch eine pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters gelöst werden. Um eine fairere Finanzierung der Krisenkosten zu ermöglichen, muss die Verteilungsfrage über eine gerechtere Besteuerung gestellt werden. Einen etwaigen Fachkräftengpass löst man nicht dadurch, dass man ohnehin belastete Berufsgruppen noch länger arbeiten lässt - hier muss dringend über qualifizierte Zuwanderung, auf politischer Ebene, eine Lösung gefunden werden.

Klar ist hingegen: Die Rente braucht eine sattelfeste Zukunft, die jedoch nicht durch ein Anheben des Eintrittsalters geschaffen wird. Die gesetzliche Rente soll den Ruhestand finanziell absichern. Doch seit den 2000er Jahren ist das Rentenniveau erheblich gesunken. Wir wollen diesen Trend stoppen. Das Rentenniveau muss dauerhaft stabilisiert und wieder angehoben werden, um sozialen Abstieg im Alter zu verhindern.

Derzeit wird die gesetzliche Rente vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen. Viele Besserverdienende – Ärzt*innen, Anwalt*innen, Architekt*innen – bleiben außen vor. Ebenso wie Beamte. Sie alle haben eigene Einrichtungen für die Altersvorsorge oder sie erhalten eine Pension. Die IG Metall sagt: Künftig sollen alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einzahlen („Erwerbstätigenversicherung“). Das würde die Rentenversicherung langfristig stärken und die Finanzierung auf eine

solidarische Basis stellen. Die Erwerbstätigenversicherung soll nur für die Menschen gelten, die neu in den Beruf eintreten. Dadurch entsteht ein finanzieller Puffer für die Zeit, in der die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen.

Schon das aktuelle Renteneintrittsalter von 67 Jahren ist für die Mehrheit der Beschäftigten nicht erreichbar. 95 Prozent gehen davon aus, dass nicht alle bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können und es vorzeitige Ausstiegsoptionen geben muss. Doch ein früherer Renteneintritt bedeutet: Hohe Abschläge bei der Rente.

Die IG Metall fordert eine erreichbare Altersgrenze und flexible, sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand. Die „Rente ab 63“ war ein Schritt in diese Richtung. Allerdings gilt sie nur für wenige Jahrgänge. Mit dem „Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente“ (TV FlexÜ) hat die IG Metall bereits für bis zu 4 Prozent der Beschäftigten einen Anspruch auf Altersteilzeit durchgesetzt.

Betriebsrenten sind zudem eine sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Die IG Metall setzt sich ein für eine flächendeckende Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung (bAV) – finanziert vom Arbeitgeber-ein. Betriebsräte sollen bei der Altersversorgung stärker mitreden dürfen.

Für eine gute Rente brauchen wir auch moderat höhere Rentenbeiträge und Steuerzuschüsse. Beides ist nicht nur gut angelegt, sondern auch gerecht. Denn bei den Rentenbeiträgen zahlen die Arbeitgeber mit. Die private Vorsorge tragen die Beschäftigten allein. Klar ist: 2023 wird die Rentendebatte weiter in den Fokus gerückt werden!

LANDTAGSWAHL

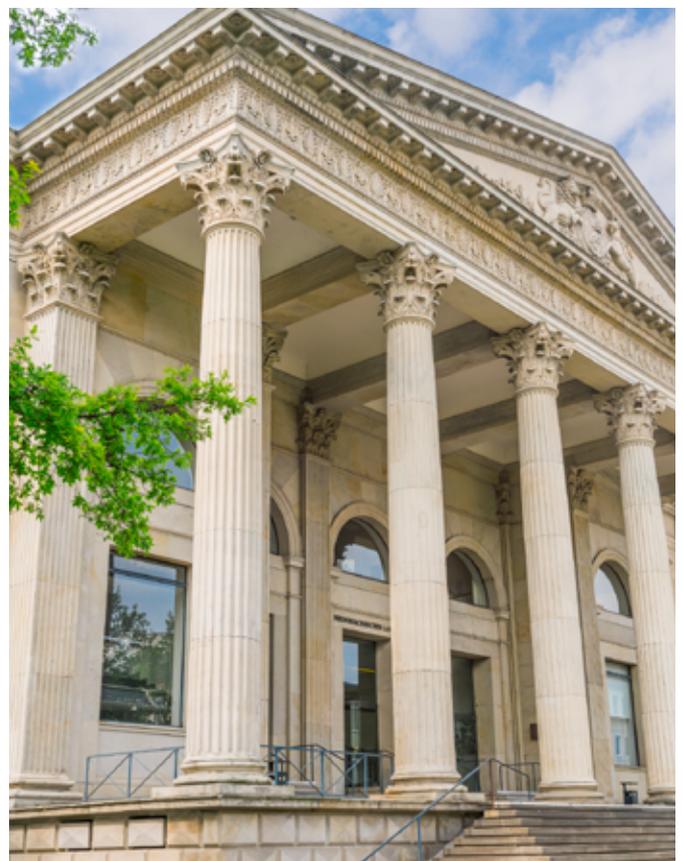
Am 9. Oktober 2022 fand in Niedersachsen die Landtagswahl statt, aus der die neue rot-grüne Landesregierung hervorging. Die vorherige große Koalition aus SPD und CDU verlor am Wahltag drastische Stimmen, während die Partei Bündnis 90/Die Grünen prozentual die meisten Stimmen dazu gewinnen konnte. Die FDP verpasste den Wiedereinzug in das Parlament und die Partei Die Linke ist ebenfalls ohne Mandat im Parlament. Die rechtsextreme Partei AfD ist mit 11 Prozent ebenfalls im Niedersächsischen Landtag vertreten. Die Wahlbeteiligung ist von 63,1 Prozent in 2017 auf 60,3 Prozent bei der Landtagswahl 2022 gesunken - ein besorgniserregender und gefährlicher Rückgang.

Der große Stimmzuwachs auf Seiten der rechtsradikalen AfD ist schockierend und offenbart eines: Viele Menschen sind durch den Krieg in der Ukraine und steigende Energiepreise verunsichert. Sie haben Angst ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können, fürchten ihren Job zu verlieren und blicken in eine düstere Zukunft. Eine Schwarzmalerei, die die AfD mit ihrem Narrativ bedient, dabei jedoch keine Antworten liefert. Es bleibt zu hoffen, dass jene Wählerinnen und Wähler wieder die Zuversicht und das Vertrauen in die demokratischen Parteien gewinnen. Daher gilt: Eine rot-grüne Regierung muss dafür Sorge tragen, dass kommende Entscheidungen nachvollziehbar sind, sich Entlastungen spürbar auf den Geldbeutel der Menschen auswirken und es dabei gerecht zugeht.

Im Vorfeld der Landtagswahl hat sich die IG Metall mit Forderungspapieren öffentlich positioniert, den gesellschaftlichen Diskurs mitbestimmt und dafür Sorge getragen, dass im Entstehungsprozess der Wahlprogramme die Interessen der Beschäftigten und die Sicherung von guten Arbeitsplätzen nicht aus dem Fokus gerät. In einem eigenen 5-Punkte-Plan hat die IG Metall im Rahmen ihrer Bezirkskonferenz Anforderungen an die Politik gestellt und diese mit anwesenden Spitzenpolitiker*innen diskutiert. Die Gewerkschaft forderte unter anderem mehr finanzielle Mittel zur Gestaltung der Transformation der Industrie. Diese befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, Energiewende, globale Konkurrenz und technologische Veränderungen bestimmen diesen Transformationsprozess. Dieser betrifft viele Regionen und Branchen der IG Metall, von der Automobilindustrie über den Maschinenbau, die Stahlindustrie oder die

Luftfahrtbranche bis hin zu den vielen Zulieferbetrieben der Metall- und Elektroindustrie. Einen derart fundamentalen Wandel muss die Politik aktiv begleiten und gestalten, er darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Wir stehen für eine sozial-ökologische Transformation ein. Für uns sind Klimaschutz und die Schaffung sowie der Erhalt von Arbeitsplätzen kein Widerspruch, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Vor diesem Hintergrund fordern wir zusätzlich 50 Milliarden Euro für die Gestaltung der Transformation der Industrie im Land für die nächsten 10 Jahre!

Ferner setzt sich die IG Metall für eine Abkehr der schwarzen Null ein, fordert einen Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien, erwartet von der Landesregierung einen Masterplan „Gute Arbeit“ und plädiert für eine Stärkung der Mobilität und des ÖPNV in Niedersachsen. Mit Erfolg konnten viele der Forderungen im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung verankert werden. Dennoch wird die IG Metall die Regierung um SPD und Grüne nicht an Worten, sondern an ihren Taten messen.



GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



BETRIEBSRATSWAHLEN

Von März bis Mai 2022 fanden in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. In zehntausenden Unternehmen wählten Beschäftigte ihre betriebliche Interessenvertretung. Landauf, landab waren die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben aufgerufen ihre Stimmen abzugeben und ihre Betriebsräte zu wählen.

Demokratische Mitbestimmung in den Betrieben zahlt sich aus. Sie bringt dem ganzen Unternehmen, aber auch den Beschäftigten, viele Vorteile. So sind Unternehmen mit betrieblicher Mitbestimmung familienfreundlicher, investieren mehr in Weiterbildung und es gibt mehr Urlaub. Aber auch für die Unternehmen lohnt es sich: Betriebe mit Betriebsräten sind laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung ganze 12 Prozent produktiver. Doch Mitbestimmung ist nicht selbstverständlich. In Niedersachsen können sich nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) nur circa 42 Prozent der Beschäftigten an einen eigenen Betriebsrat wenden. Umso wichtiger war es, sich im Rahmen der Wahlen, die zwischen dem 01. März und dem 31. Mai stattfanden, zu engagieren.

Die Betriebsratswahlen fanden unter schweren Voraussetzungen, ob durch Putins Angriffskrieg, nicht intakte Lieferketten, nach wie vor die Auswirkungen der Corona-Pandemie, Kurzarbeit und anderen wirtschaftlichen Schief lagen, statt. Häufig sind die Beschäftigten nicht im Unternehmen, sondern im Homeoffice und mussten per Brief abstimmen. All das erschwerte natürlich für alle Akteure den Wahlkampf und war ein Unsicherheitsfaktor!

Die IG Metall erwies sich weiter als Anker in unsicheren Krisenzeiten – das wussten auch die Beschäftigten und haben dies mit ihrer Stimme an der Wahlurne unterstrichen. Die Betriebsräte der IG Metall vor Ort haben es geschafft, mit ihrer Kompetenz und ihren Zielbildern sowie Zukunftsvisionen, die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen. In Summe gehen wir mit breiter Brust und kräftig gestärkt aus den vielen Wahlen hervor.

Mit ihrer Wahl für die IG Metall haben die Beschäftigten auch rechten Listen und Akteuren in den Betrieben eine klare Absage erteilt: Das ist sicherlich ein starkes Signal für die demokratische Mitbestimmung in den Betrieben. Mit ihren Stimmen haben die Kolleginnen und Kollegen klar gegen rechtes Gedankengut in unseren Unternehmen votiert. Rechtspopulistische Tendenzen haben keinen Platz in der Gesellschaft und liefern nur floskelhafte Antworten auf die komplexen Fragestellungen der Zukunft – das passt nicht in die Zeit!

Dennoch war klar: Nach der Wahl ist vor den Herausforderungen. Die Metallerrinnen und Metaller in den Betriebsräten hatten allen Grund zur Freude. Zeitgleich wussten sie mit Mandatsannahme und aus der betrieblichen Praxis am besten, dass harte Arbeit und enorme Herausforderungen bevorstehen. Inmitten der sozial-ökologischen Transformation, begann mit dem Krieg in der Ukraine ein weiterer, globaler Unsicherheitsfaktor für Lieferketten, Geschäftsfelder und das gesamte Wirtschaftssystem. Bereits zuvor hat die Corona-Pandemie zu Liefer- und Materialengpässen in vielen Betrieben geführt. Der Druck auf Beschäftigung wird wachsen, aber als Gewerkschaft sowie Betriebsräte werden wir mit aller Kraft an der Seite der Arbeitnehmer*innen in den Unternehmen stehen!



1. MAI – TAG DER ARBEIT

Der 1. Mai gilt als traditioneller Tag der Arbeiterbewegung und steht im Zeichen der Solidarität. Im Jahr 2022 stand er deutschlandweit im Zeichen des Friedens: Nachdem der Tag der Arbeit in den letzten zwei Jahren coronabedingt größtenteils digital stattfand, ging es 2022 wieder auf die Straße. Das Motto des 1. Mai lautete „GeMAInsam Zukunft gestalten“.

Auch im IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt fanden zahlreiche Aktionen und Kundgebungen statt. Eine der größten Demonstrationen führte durch die Straßen von Salzgitter. Dort setzten zahlreiche Gewerkschafter*innen ein deutliches Zeichen gegen den Krieg in der Ukraine und verurteilten die Gräueltaten und Kriegsverbrechen aufs Schärfste. Der Krieg ist ein beispielloser Akt des Völkerrechtsbruchs und die Bemühungen zur Herstellung des Friedens auf allen Ebenen dürfe nicht abebben - das haben alle Redner*innen deutlich gemacht: Ein Punkt, der uns besonders wichtig war: Die dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften weiterhin kritisch beurteilt. Die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unserer Solidarsysteme müssen sichergestellt bleiben – ganz klar ist für uns: Es darf kein Rotstift am Sozialstaat angesetzt werden. Denn keine militärische Friedenssicherung darf zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden. Eine gute Rente darf nicht weniger wert sein als die Landesverteidigung. Wer 2 Prozent des BIP für eine funktionierende Verteidigung ausgibt, der muss auch 15 Prozent des BIP für eine gute Alterssicherung ausgeben! Als Gewerkschaften haben wir deutlich gemacht: Äußere Sicherheit, innere Sicherheit und soziale Sicherheit dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es brauche alle drei, um in Frieden, Freiheit, Würde und Wohlstand zu leben.

In schlimmsten Zeiten kommt vielfach größte Nächstenliebe hervor. Unzählige Menschen haben in Deutschland ihre Bereitschaft zu Sach-, Lebensmittel- und Kleiderspenden signalisiert, haben Menschen von der Grenze geholt und ihnen ein Zuhause gegeben, haben ihre eigenen vier Wände zur Verfügung gestellt. Das ist ein beeindruckender Akt der Solidarität und zeigt: Die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft hält fest zusammen und steht für europäische Werte ein!

Im Krisen-Dreiklang von Pandemie, Klimawandel und Krieg in der Ukraine forderte die IG Metall auch deutlich und lautstark: Krisengewinner und Kriegsprofiteure müssen zur Kasse gebeten werden. Dafür braucht es eine gerechte Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Um die Folgen der Pandemie zu stemmen, um die Auswirkungen des Krieges aufzufangen und die Transformation der Industrie zu gestalten, sind massive Finanzvolumen notwendig. Dahingehend haben landauf, landab auch die Gewerkschafter*innen ihre Stimme erhoben und ein Mehr an Gerechtigkeit eingefordert. Gerechtigkeit, die beispielsweise damit beginnt, dass in kommende Generationen und damit verbunden die staatliche Infrastruktur investiert wird. Denn die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse. Es braucht massive Investitionen, um das Land zukunftsfest aufzustellen und den massiven Investitionsstau abzubauen - auch das haben die Metallerrinnen und Metaller am Tag der Arbeit deutlich gemacht.





UNSERE VERANSTALTUNGEN

BEZIRKSKONFERENZ

Rund 150 Metallerrinnen und Metalller versammelten sich Mitte Juni, um über künftige Herausforderungen und aktuelle Fragestellungen der Gesellschafts- und Tarifpolitik zu debattieren. Nachdem die Bezirkskonferenz des IG Metall Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zwei Jahre pandemiebedingt als digitale Veranstaltung ausgerichtet werden musste, konnte sie erstmalig wieder in Präsenz stattfinden.

„Ohne Gewerkschaften und Betriebsräte können die aktuellen Transformationsprozesse in der niedersächsischen Industrie nicht funktionieren. Die Mitbestimmung nimmt die Beschäftigten im Strukturwandel mit und sichert das künftig dringend benötigte Fachkräftepotenzial, wissend: mitbestimmte Unternehmen sind klar im Vorteil.“, unterstrich unter anderem Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil in seinem Grußwort. Neben der Gestaltung

der sozialökologischen Transformation der Industrie, stand die Bezirkskonferenz zweifelsohne unter den Eindrücken des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die davon galoppierende Inflation, die damals unvorstellbare Höhen erreichte und den Druck auf die Portemonnaies der Beschäftigten deutlich erhöhte. Die Delegierten der IG Metall-Bezirkskonferenz verabschiedeten einstimmig einen eigenen Antrag, der den Krieg in der Ukraine aufs Schärfste verurteilte.

Am zweiten Tag stand die Landtagswahl 2022 im Fokus: Die Bezirksleitung präsentierte einen eigenen umfassenden Anforderungsbogen an die Politik (siehe Seite 33) und rundete das Rahmenprogramm mit einer informativen, angeregten und erkenntnisreichen Podiumsdiskussion mit niedersächsischen Spitzenpolitiker*innen ab.

VERTRAUENSLEUTE

In Hannover trafen sich Ende Juni rund 50 Vertrauensleute der IG Metall im Rahmen ihrer jährlichen Vertrauensleutenkonferenz. Vertrauensleute sind aktive IG Metall-Mitglieder im Betrieb. Sie werden von den Mitgliedern der IG Metall in ihrem Bereich gewählt und sind Ansprechpartner*innen der IG Metall im Betrieb, die sich ehrenamtlich für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Sie wissen, was es heißt, fair im Team zu arbeiten. Klar ist: Die Arbeitssituation und die Probleme der Beschäftigten unterscheiden sich: Ob Junge und Ältere, männlich/weiblich/divers, kaufmännische und gewerbliche Angestellte, Ingenieur*innen, Techniker*innen oder Hochqualifizierte – Vertrauensleute sind nah dran und haben den direkten Draht. Sie kennen die Probleme und Wünsche ihrer Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz und geben sie weiter an den Betriebsrat und an die IG Metall.

Die Metalller*innen in den Betrieben sind Seelsorger*innen, Zukunftslots*innen und Orientierungsgeber*innen. Sie spenden Trost, kümmern sich um Sorgen, nehmen Probleme in Angriff und kämpfen an der Seite der Beschäftigten. Betriebliche Mitbestimmung fällt nicht vom Himmel und ist

vielen Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Betriebsräte und Vertrauensleute reden nicht um den heißen Brei herum, sondern gehen die Probleme der Beschäftigten offensiv an. Sie wollen Zukunft, Sicherheit und Perspektiven schaffen. Gerade in Zeiten des Umbruchs, und mit der Transformation der Wirtschaft steht eine Herkulesaufgabe noch vor der Brust und betriebliche Mitbestimmung setzt wichtige Impulse für den Blick nach vorne. Dafür braucht es viele engagierte und motivierte Kolleginnen und Kollegen.

HANNOVER MESSE

Nachdem die Hannover Messe pandemiebedingt im Jahr 2020 ausfallen und im Jahr 2021 rein digital stattfinden musste, öffneten sich vom 30. Mai bis zum 2. Juni 2022 die Tore auf dem Messegelände der Landeshauptstadt wieder für die Besucherinnen und Besucher. Das 2022er-Format der Industriemesse fand in Präsenz mit zahlreichen spannenden Ständen, Diskussionsrunden, Konferenzpunkten und Themen statt. Im Fokus standen dabei die Vordenker*innen der Industrie, ihre Technologien, Energiesysteme sowie die Lieferketten der Zukunft. Partnerland war in dem Jahr Portugal. Zweifelsohne war das digitale Messeformat 2021 ein Erfolg. Dennoch lebt die Messe vom persönlichen Austausch, der lebhaften Diskussion und auch dem Zeigen moderner und zukunftsweisender Technologien. Zugleich werden gewonnene Erkenntnisse in weiteren digitalen Services angeboten, sodass die Messe letztlich selbst ein Paradestück der Transformation ist und sowohl in physischer Präsenz als auch den Zuschauer*innen aus der Ferne maximale Flexibilität für die individuellen Bedürfnisse liefert. Auch die IG Metall war wieder mit Veranstaltungen vertreten. Die Energiewende wird konkret - Perspektiven für Klima, Standorte und Beschäftigung: Unter dieser Überschrift stand die von der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Rahmen der Hannover Messe geführte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte zu den Voraussetzungen für die sozial-ökologische Transformation

Ob bei Keynotes, klassischen Podiumsdiskussionen oder Kitchen-Talks: Es wurde über die Gestaltung der Transformation gesprochen. Während die Notwendigkeit des Wandels hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen bekannt ist, hat durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine die energiepolitische Diskussion eine neue Richtung angenommen. Im Fokus stehen explodierende Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffen sowie explodierende Energiekosten, die allen voran die Beschäftigten und Verbraucher*innen massiv belasten. Die Entwicklung des vergangenen halben Jahres zeigt: Entscheidend für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie wird der Erfolg der Energiewende sein.

Digital zugeschaltet war unter anderem die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner: „Die ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft wird nur dann gelingen, wenn sie sozial gestaltet wird und demokratisch abläuft.

Transformationsnetzwerke, Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung, regionale Strukturpolitik – das sind existenzielle Rahmenbedingungen für sichere und gute Arbeit. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag gute Maßnahmen verabredet, um den wirtschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten. Damit diese Instrumente funktionieren, müssen die Beschäftigten in den Betrieben einbezogen werden! Die ambitionierten Pläne aus dem Koalitionsvertrag brauchen eine mitbestimmungspolitische Entsprechung.“ Einen derart fundamentalen Wandel wie die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft muss die Politik nach Ansicht der IG Metall aktiv begleiten und gestalten, er darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Denn dann drohen soziale und ökologische Standards auf der Strecke zu bleiben. Und darin liegen enorme wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Risiken. Es gilt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten und zukunftsfest aufzustellen.

Am Folgetag diskutierte die IG Metall gemeinsam mit dem Verband der Ingenieure (vdi) in einer Kooperationsveranstaltung Fragen der Qualifizierung in der Transformation der Industrie.





JUGEND

Die IG Metall Jugend ist die Jugendorganisation der deutschen Gewerkschaft IG Metall und mit 18.617 Mitgliedern unter 27 Jahren der größte politische Jugendverband im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Insbesondere die Jugend litt unter drei anhaltenden Pandemie Jahren und nicht zuletzt den 2022 dazugekommenen Eindrücken sowie Zukunftsängste durch den Krieg in der Ukraine. Im Rahmen der alle vier Jahre stattfindenden Bezirksjugendkonferenz debattierte die IG Metall Jugend im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im April rund vierzig Anträge.

Die Beratungen der 85 Delegierten dauerten zwei Tage. Im Text des Leitantrages hieß es: „Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen – wahrscheinlich die größten der vergangenen Jahrzehnte. Und gleichzeitig sind wir seit Jahren im Krisenmodus. Die Corona-Pandemie hält uns seit zwei Jahren fest im Griff und führt zu Verwerfungen in der Gesellschaft, in der Pflege und auch der Bildungsbiografie zahlreicher junger Menschen. Zudem befinden wir uns mittlerweile inmitten des industriellen Transformationsprozesses, der die Industrie und damit unsere Arbeitsplätze und Arbeitsweisen grundlegend ändern wird. Weiterhin ist die Transformation eng verbunden mit dem Klimawandel, der unsere Lebensgrundlagen zu zerstören droht. Es muss sich dringend etwas ändern und wir, die IG Metall Jugend Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, nehmen die Herausforderungen erhobenen Hauptes an und wollen unseren Teil zu einer gerechteren und besseren Welt beitragen.“

Ferner setzen die Jugendlichen ein deutliches Signal für Frieden in der Welt, machten sich für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit stark und untermauerten ihre Standpunkte für eine zukunftsfähige Ausbildung, die unter anderem die Grundlage des Starts in das Berufsleben stellen soll. In diesem Kontext plädiert die IG Metall Jugend für eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie.

Im Juni 2022 waren junge Gewerkschafter*innen eingeladen, am Sommercamp der IG Metall Jugend in Hustedt teilzunehmen. Neben spannende Workshop und lustigen Freizeitspielen, stand der Austausch und der entspannte Abendausklang bei geselliger DJ-Musik im Fokus.

Später im Jahr machte die IG Metall Jugend im Kontext der Tarifpolitik ihre Forderungen deutlich (siehe beispielsweise Seite 19). So untermauerten die Jugendlichen dies mit verhandlungsbegleitenden Aktionen in der Tarifrunde der ME-Industrie sowie bei Volkswagen.

Im IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gab es zum Jahresende 2022 5.827 Auszubildende und Dual Studierende. Ihre Interessen fanden sich in vielen der Tarifforderungen wieder. Immer wieder machten diese lautstark im Kontext der Tarifrunde auf sich aufmerksam mit Slogans wie „Die Jugend brennt für 8 Prozent!“.

Mit Erfolg konnten so in allen geführten Tarifrunden auch die Ausbildungsvergütungen spürbar angehoben werden und dort, wo Inflationsausgleichsprämien gezahlt worden sind, haben auch Auszubildende und Dual Studierende von ihnen profitiert. In einigen Branchen, wie in bestimmten Handwerkszweigen, kam es sogar zu überproportionalen Anhebungen der Ausbildungsvergütungen.





UNSERE ARBEIT FÜR DICH

BEZIRKLICHER VERTRAUENSLEUTEAUSSCHUSS

Auch die Arbeit des bezirklichen Vertrauensleuteausschusses war von den Einschränkungen durch die Pandemie geprägt. So spielte die Frage, wie Kolleginnen und Kollegen im Homeoffice angesprochen werden können und wie die Durchführung der Vertrauensleutewahlen unter Pandemiebedingungen gelingen kann, eine zentrale Rolle. Mit kreativen Aktionen und Ideen brachten sich die Vertrauensleute des Bezirks aber trotz der schwierigen

Rahmenbedingungen in die politischen Prozesse ein - sie zeigten sich laut und bunt, beispielsweise im Rahmen der Tarifrunden und des Aktionstags zur Bundestagswahl 2021. Das Leitungsteam aus Olav Döring, Silke Neumüller, Mike Schneevoigt und Florian Hirsch (seit Herbst 2021, davor Maik Reupke) führt den Vertrauensleuteausschuss in der aktuellen Amtsperiode.

AGA

Auch für diejenigen, die nicht oder nicht mehr im Betrieb sind, ist die IG Metall eine starke Interessenvertretung. Die Mitgliedergruppe der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit steht in unserem Bezirk für fast 60.000 Rentnerinnen und Rentner sowie mehr als 13.000 erwerbslose Kolleginnen und Kollegen. Die Arbeit des bezirklichen Arbeitskreises für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit musste in Pandemiezeiten unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Wegen des stark erhöhten Gesundheitsrisikos, insbesondere für die Gruppe der Seniorinnen und Senioren, waren über längere Zeit keine Präsenzsitzungen möglich. Ebenso musste der für November 2021 in Hannover geplante Deutsche Seniorentag kurzfristig abgesagt werden.

Auch die Konstituierung des Arbeitskreises konnte erst im Herbst 2021 stattfinden, seitdem leiten diesen Wolfgang Kresse und Gerhard Roloff. Seit Ende 2022 unterstützt auch Bruno Logsch das Leitungsteam. Sie lösten damit das bis

dato noch kommissarisch tätige Leitungstrio aus Henry Kirch, Heinz Jewski und Lutz Heitmann ab.

Inhaltlich beschäftigt sich der Arbeitskreis auf Bezirksebene vornehmlich mit sozialpolitischen Themen. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den rentenpolitischen Konzepten der Parteien im Zuge der Bundestagswahl 2021. Auch in den Geschäftsstellen sind die Kolleginnen und Kollegen in der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit aktiv und sorgen so dafür, dass auch die Interessen der Rentnerinnen und Rentner sowie der Erwerbslosen in der Organisation vertreten werden. Vielfach finden dazu örtlich Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt, bei denen zu relevanten Themen informiert und Einfluss auf die lokalen politischen Strukturen genommen wird. Zudem sind viele Aktive aus den örtlichen Arbeitskreisen eng in die konkrete Arbeit eingebunden und unterstützen beispielsweise bei Rückholmanagement und Anspracheaktionen in Betrieben.

DIE IG METALL VOM BETRIEB AUS DENKEN

Die Transformation ist in vollem Gange und verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Wie können wir als IG Metall trotzdem stark und kompetent in Betrieb und Gesellschaft bleiben? Dieser Frage stellte sich die IG Metall in dem breit angelegten Projekt „Die IG Metall vom Betrieb aus denken“. Weit über 1.000 aktive Kolleginnen und

Kollegen haben sich bundesweit beteiligt, und auch aus unserem Bezirk waren alle Geschäftsstellen mit dabei. In elf Zukunftsreihen haben sie sich zu Veränderungspromotor*innen ausbilden lassen und sich mit der Frage auseinandergesetzt, wo sich die IG Metall weiterentwickeln muss, um in den sich verändernden Rahmenbedingungen

stark zu bleiben. Ein Highlight im Jahr 2021 war der bezirkliche Routenworkshop, an dem knapp 100 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben, um die Erkenntnisse aus den regionalen Zukunftsreihen zu bündeln.

Das Organisationsentwicklungsprojekt „Die IG Metall vom Betrieb aus denken“ erreichte im Jahr 2022 einen weiteren Höhepunkt. Die Zukunftsreihen in den Geschäftsstellen wurden weitgehend abgeschlossen und die dort und im bezirklichen Routenworkshop gewonnenen Erkenntnisse im zentralen Werkstattkongress in Leipzig gebündelt.

81 Kolleginnen und Kollegen unseres Bezirks nahmen am Kongress teil und konnten dort insgesamt 21 betriebliche Projekte einbringen. In 13 Konzeptwerkstätten wurden die identifizierten zentralen Themen wie die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen der IG Metall, Bildungsarbeit oder Tarifpolitik bis hin zum Basiskatalog für Geschäftsstellen mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen Bezirken diskutiert. Die Erkenntnisse aus diesen Konzeptwerkstätten werden die Grundlage für die Leitanträge zum Gewerkschaftstag 2023 bilden.

BEZIRKLICHES ERSCHLIESSUNGSPROJEKT

Das Erschließungsprojekt befindet sich mittlerweile in der dritten und letzten Phase der Projektlaufzeit. Sieben von neun Jahren wurden bereits erfolgreich gestaltet und es konnten zahlreiche Erfolge auf ganz unterschiedlichen Ebenen errungen werden. In der aktuellen dezentralen Ausgestaltung hat die IG Metall im Bezirk in 11 von 12 Geschäftsstellen Erschließungssekretär*innen vor Ort, die in der täglichen Arbeit integriert sind und durch die direkte Anbindung zielgerichtet auf die regionalen Besonderheiten eingehen können. Der Fokus liegt hier weiter auf den Personengruppen der jungen Beschäftigten und der Angestellten.

Die anhaltende und weiterhin bevorstehende Transformation der Arbeitswelt sowie die damit einhergehende Veränderung der Belegschaftsstrukturen zeigt, dass die IG Metall mit diesem Ansatz auf dem richtigen Weg ist. Wenn Gewerkschaften auch in Zukunft Gestaltungsmacht der Arbeitsrealität sein wollen, müssen die wachsenden Anteile von Angestellten mitgenommen, angesprochen und gewonnen werden.

Im Bezirksvergleich verzeichnen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit über 29 Prozent den höchsten Anteil an Angestellten unter den Mitgliedern – Tendenz steigend. Allerdings liegt der Anteil innerhalb der Belegschaften in den Branchen und betreuten Betrieben noch deutlich höher. Dies nimmt die IG Metall als Antrieb und Handlungsauftrag den Schwerpunkt hier weiter zu verfolgen und unseren Fokus stetig zu schärfen.

In der aktuellen Phase der Erschließungsprojekte ist die Perspektive nach 2024 ein viel diskutiertes Thema und die Organisation hat den grundsätzlichen Entschluss gefasst, eine Regelstruktur für die Finanzierung zu etablieren, um auch in Zukunft Mittel in die Erschließungsarbeit vor Ort zu investieren. Wie sich dies konkret ausgestalten wird, ist allerdings noch Zukunftsmusik und wird im Laufe des Jahres 2023 diskutiert. Hier gilt es: Mitdiskutieren, um den erfolgreichen Weg des Bezirkes auch in Zukunft auf unsere Art und Weise gehen zu können.

BILDUNGSARBEIT

Gute Bildungsarbeit ist das Fundament gewerkschaftlichen Wirkens. Sie ist die Grundlage zur Vorbereitung auf die betrieblichen, tarif- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Auf den Seminaren werden die IG

Metall und ihre Werte erlebbar gemacht. Dazu braucht es den persönlichen Kontakt und Austausch. Deswegen setzte die IG Metall im Bezirk weiterhin auf Präsenzseminare und -veranstaltungen, mit Hygieneregeln, Abstand und

Masken. Denn: Die Pandemie erschwerte weiterhin die Durchführung von Veranstaltungen sowie die Planbarkeit. In 2022 fanden viele Seminare wieder in Präsenz statt – insgesamt konnte die IG Metall mehr als 2.700 Menschen im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von seinen Bildungsangeboten begeistern.

Die Online-Angebote und Hybrid-Möglichkeiten nahmen ab, werden aber weiterhin als neue Form vorhanden sein. Der Kongress der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie der bezirkliche Referent*innenkongress, fand

noch mit eingeschränkter Teilnehmerszahl statt. Der bundesweite Referent*innenkongress 2022 musste leider ausfallen. Für die IG Metall steht fest: Digitale und hybride Konzepte können in Krisenzeiten eine Ergänzung oder Alternative sein, doch gerade Grundlagenbildung sollte nicht online stattfinden. Online-Angebote werden und dürfen in Zukunft nicht die Seminare in Präsenz ersetzen, sondern nur als sinnvolle Ergänzung angeboten werden. So waren die Bildungshäppchen zur Tarifrunde im Online-Format ein gutes Angebot, um eine größtmögliche Teilnehmerszahl in der Fläche zu erreichen.

PROJEKT WEITERBILDUNGSMENTOR*INNEN

Im März 2021 startete das bundesweite Projekt „Weiterbildungsmentor*innen“ auch in unserem Bezirk. Ziel ist es, berufliche Qualifizierung im Rahmen der Transformation voranzubringen. Hierbei sollen die Weiterbildungsmentor*innen unterstützen, die als Vertrauensleute dicht an den Beschäftigten kompetent zum Thema Weiterbildung beraten können, betriebliche Umsetzung initiieren und so die für die Umbruchprozesse notwendigen Qualifizierungen

vorbringen. Im vergangenen Jahr wurde hierzu in bundesweiter Zusammenarbeit mit den Bildungsstätten der IG Metall eine Ausbildungsreihe konzipiert, die 2022 erstmals umgesetzt wurde. Ein weiterer Fokus lag auf der Diskussion mit den Geschäftsstellen des Bezirks auf unterschiedlichen Ebenen, um so geeignete Betriebe für eine erste Ausbildungsrunde zu finden und das Projekt anhand der bezirklichen Bedarfe zu verankern.

BEZIRKLICHER ANGESTELLTENAUSSCHUSS (BAA)

Im Angestelltenausschuss wirken Ehren- und Hauptamtliche aus allen Geschäftsstellen mit. Fast 30 Prozent der Mitglieder der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sind schon heute Beschäftigte im Office-, Engineering- oder IT-Bereich. Dass die IG Metall damit unter den Bezirken das Feld anführt, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer seit zwanzig Jahren darauf angelegten Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, den Strukturwandel in den Betrieben auch in den IG Metall Strukturen abzubilden. Damit wir auch morgen noch kraftvoll, innovativ und intelligent gute Arbeitsbedingungen und gutes Leben solidarisch gestalten können.

Der Gewerkschaftstag hat 2019 das Projekt „IG Metall vom Betrieb aus denken“ beschlossen.

2022 haben wir uns ausführlich Zeit genommen, um Bilanz zu ziehen und Anforderungen für die IG Metall der Zukunft zu formulieren. Damit wir die IG Metall mit den Beschäftigten von HEUTE und MORGEN noch durchsetzungsfähiger machen können.

Die Leitung des BAA liegt beim ehrenamtlichen Leitungsteam bestehend aus der Sprecherin Martina Schwarz (Volkswagen Wolfsburg) und ihren beiden Stellvertretern Holger Schott (ZF Hannover) und Holger Wiesner (Volkswagen Wolfsburg).

ANGESTELLTE, ENGINEERING, IT

Die Wertschöpfungskette der Industrie ist allzu oft nicht von Wertschätzung geprägt. Das führt dazu, dass die Beschäftigten von Zuliefererbetrieben besonders unter Druck geraten. Bei den Entwicklungsdienstleistern führt dies unter dem Vorzeichen der Transformation, zu harten Auseinandersetzungen um Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und Tarifverträge.

Bei Bertrandt in Tappenbeck konnte die Geschäftsstelle Wolfsburg mit einer konsequenten Beteiligungsorientierung starke Mitgliedererfolge erzielen, ein Vertrauenskörper ist im Aufbau und gemeinsam mit der Bezirksleitung konnte mit der Bertrandt-Geschäftsführung ein Zielbild mit

Beschäftigungssicherung und Qualifizierung umgesetzt werden. Ein Tarifvertrag für Bertrandt ist das nächste Ziel.

Bei IAV und iinovis setzten sich die Beschäftigten für Inflationsausgleich und Entgeltsteigerung ein. Erstmals fanden dazu bei iinovis an allen Standorten (Bad Friedrichshall, München, Wolfsburg) Aktionen statt.

Bei CARIAD unterstützt die IG Metall die Kolleg*innen dabei, beim ständigen Wandel der Volkswagen-Konzernstrategie nicht unter die Räder zu kommen. Die Kolleg*innen beim IT-Dienstleister HACON haben Ende 2022 ihre Forderung nach einem Tarifvertrag an die Geschäftsführung gestellt und sich dafür organisiert.

STUDIERENDENARBEIT

Studierende sind die zukünftigen Beschäftigten in der Forschung und Entwicklung, den Personalabteilungen, dem Controlling und der Softwareentwicklung. Ihr Know-how ist entscheidend, damit die ökologisch-soziale Transformation erfolgreich gemeinsam gestaltet werden kann. Die IG Metall berät und unterstützt Studierende konkret vor Ort z. B. an der Uni Magdeburg, der Ostfalia, der TU Braunschweig, der TU Clausthal, der Hochschule Hannover und der TU Hannover.

Im Vorlesungsverzeichnis der Hochschule Hannover findet sich bei den Ingenieurwissenschaften ein ganz besonderes Angebot: Studierende des Maschinenbaus erhalten in einem Seminar zu industriellen Beziehungen aktuelles Wissen über Mitbestimmung, Entgeltbestimmung, Digitalisierung und Tarifverträge. Referenten sind Thadeus Mainka und Reinhard Schwitzer aus der Geschäftsstelle

Hannover der IG Metall. Bei ihnen mussten die Studierenden zum Semesterende auch eine mündliche Prüfung ablegen und dabei unter Beweis stellen, dass sie verstanden haben, welche Bedeutung die Mitbestimmung für das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik und ihre künftige Arbeit hat.

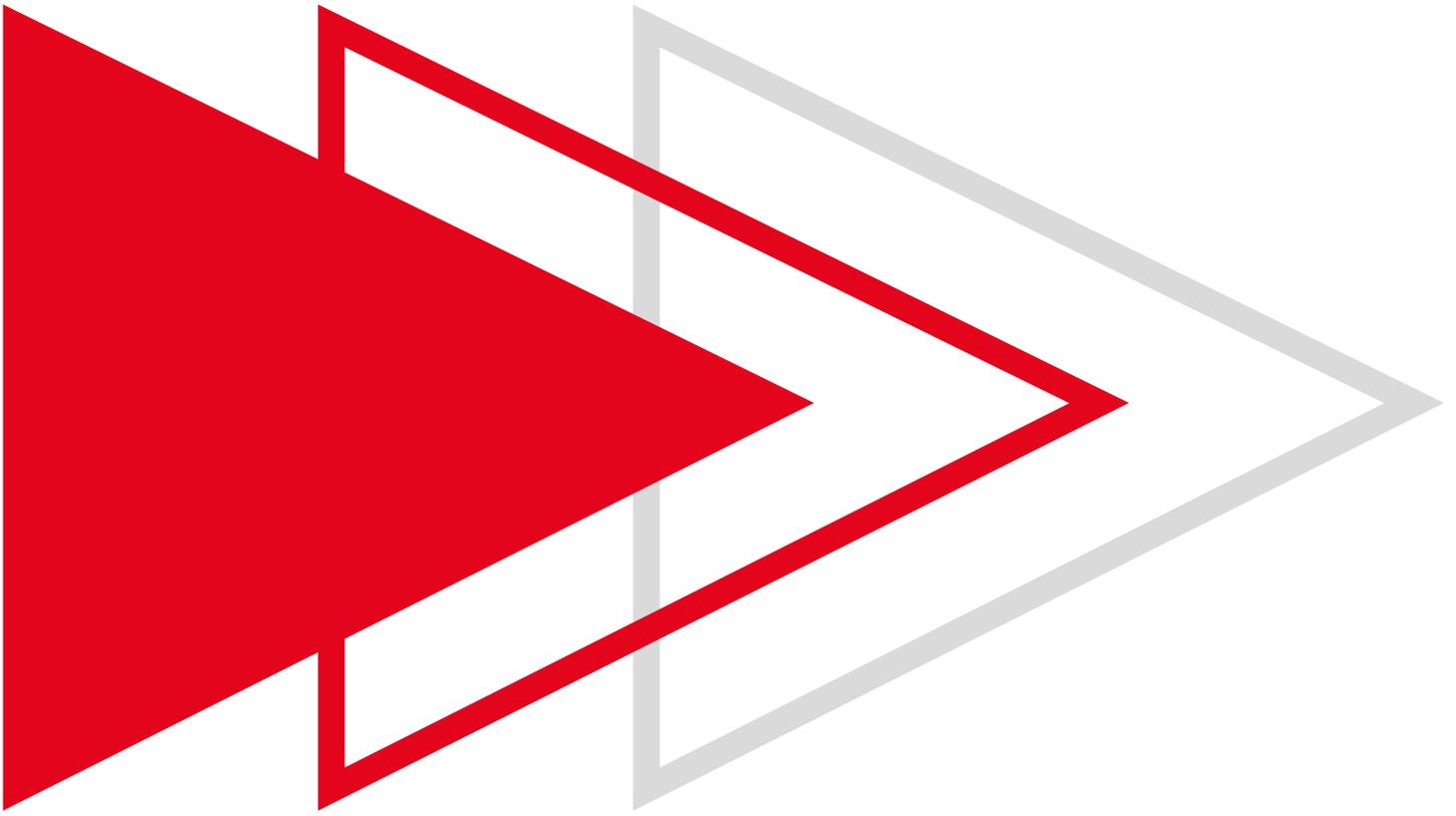
Die Corona-Krise und die immer weiter steigende Inflation, waren gerade für Studierende eine besondere Belastung im Jahr 2022. Besonders, weil durch Unsicherheiten in der Auftragslage und bedingt durch Corona zahlreiche Praktika- und Jobmöglichkeiten weggefallen waren. Die IG Metall hat sich von Anfang an für Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt. Staatliche Maßnahmen, die Studierenden einen besonderen Ausgleich ermöglichen sollten, sind immer weiter herausgezögert worden, was bei den Studierenden breite Enttäuschung auslöste.

MEDIENARBEIT

Gute und konsequente Medienarbeit stellt sicher, dass die tarif- und gesellschaftspolitischen Forderungen der IG Metall auch medienwirksam ihre Früchte tragen. Gute Abschlüsse, knackige Forderungen und Erwartungshaltungen gegenüber der Politik müssen nicht nur am Verhandlungstisch vorgetragen, sondern auch möglichst breit in die Öffentlichkeit getragen werden, um die Mitglieder der IG Metall und potenzielle Neumitglieder anzusprechen.

Der IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verfügt hierbei über einen Instrumentenkasten, um in den Medien Wirksamkeit zu entfalten: Durch Pressekonferenzen und Interviews wird fortlaufend im Jahr eine Präsenz in den Zeitungen der Republik sichergestellt. Mehr als 100 Pressemitteilungen haben im Jahr 2022 den Newsdesk der Pressestelle im Bezirk verlassen.

Doch neben der klassischen Pressearbeit gehört im Jahr 2022 unausweichlich auch das Bespielen der sozialen Netzwerke zur Klaviatur der digitalen Kommunikation. Die IG Metall im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist hier vor allem auf den Kanälen Facebook (facebook.com/IGMetallBezirk) und auf Instagram (instagram.com/igm_niedersachsenanhalt) aktiv. Alleine bei letzterem Kanal wurden im Jahr 2022 mehr als 300 Inhalte veröffentlicht – insgesamt kommt die IG Metall im digitalen Raum auf eine Reichweite von weit mehr als 2 Millionen Nutzerinnen und Nutzer im Jahr, welche die Veröffentlichungen der Gewerkschaft im Internet verfolgen.



IG Metall
Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt
Postkamp 12
30159 Hannover

 [igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de](https://www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de)

 IGMetallBezirk

 @igm_niedersachsenanhalt